

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

91 (19.4.1950)

BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Chefredakteur: Willy G rim m. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstraße 38, Ruf Nr. 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 2421/25-61, Karlsruhe, Amalienstraße 69 Ruf 4023, Pforzheim, Westl. 77, Ruf 2386, Weinheim, Hauptstr. 68, Ruf 2419.

Volkszeitung
für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -34 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 1477, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 91

Mittwoch, 19. April 1950

Preis 15 Pfg.

Betriebe voran!

Die Einheit ist unsere Stärke. Aus den Betrieben heraus wächst die Aktions-einheit aller Werktätigen. Geschlossen müssen die Belegschaften am

1. Mai

dem internationalen Kampftag für Frieden und Völkerverständigung demonstrieren. Freundschaft für immer mit der Sowjetunion! Schluß mit Lohn-drückerei und Kurzarbeit! Es lebe die Nationale Front des demokratischen Deutschland!

Der Erfolg ist sicher!

wenn die Beispiele beherzigt werden! Mannheim. (EB.) In Heddesheim bei Mannheim sammelte der beimputierte Arbeiter Brehm während des vergangenen Sonntags allein 210 Unterschriften auf seinen Listen des Friedenskomitees. Brehm, der trotz seiner Kriegsverletzung in den Mannheimer Motorenwerken als Kranführer arbeitet, äußerte sich, er wisse, was ein Krieg und seine Folgen bedeuten. Die Kriegsfahrer rechtzeitig zu erkennen, gegen sie das Menschlichste zu tun, halte er für eine unumgängliche Notwendigkeit. Daß er behindert ist, werde ihn nicht abhalten, seine begonnene Arbeit weiter zu führen.

In den Mannheimer Motorenwerken haben sich bereits über 50 Prozent aller beschäftigten Arbeiter in die Friedenslisten eingetragen. Die gestrige Zwischenzählung ergab 568 Unterschriften.

Die Friedensfreunde erzielten unter den Angestellten des Mannheimer Wasser- und Schiffsamt 70 Unterschriften. Das sind 85 Prozent aller Angestellten.

In Neustheim war es einigen Friedensfreunden am vergangenen Sonntag möglich, gemeinsam in zwei Stunden 300 Unterschriften zu sammeln.

Im Rahmen des Wettbewerbes der Freien Deutschen Jugend zur Unterschriftensammlung für den Frieden, sammelte die FDJlerin Paula Herzog, Heidelberg, in zwei Tagen 138 Unterschriften. Sie ist damit vorläufig eine der Anwärterinnen auf die vom Landesvorstand der FDJ ausgeschriebenen Freifahrt nach Berlin zum großen Deutschlandtreffen der Jugend und dem Kongreß junger Friedenskämpfer Pfingsten 1950.

Als Teilergebnis wird aus dem Werk Cannstadt der Vereinigten Kugellager AG gemeldet, daß sich bis Ende letzter Woche 700 Belegschaftsmitglieder, das entspricht ungefähr 50 Prozent der Gesamtbelegschaft, in die Unterschriftenlisten einzeichneten.

Ernst-Thälmann-Bild für Max Reimann

Anlässlich des 64. Geburtstages von Ernst Thälmann den die gesamte Partei, insbesondere die Landesorganisation Hamburg, am 18. April als Gedenktag an ihren großen proletarischen Führer beging, übersandte das Sekretariat des Landesvorstandes der KPD Hamburg im Auftrage der Parteimitgliedschaft ein Porträt unseres unvergesslichen Ernst Thälmann an Max Reimann.

Im Betrieb: nach Berlin! Auf dem Land: nach Berlin! Überall: nach Berlin!

Jeder junge Deutsche fährt zum Deutschlandtreffen

Boschdirektion trifft Vorbereitung gegen Lohnerhöhung

Bosch-Betriebsrat tritt: entlassen — Diktat der Direktion zur Einschüchterung der Belegschaft bei der Lohnbewegung der Metallarbeiter — Antwortet einheitlich und geschlossen

Stuttgart (EB). Die Betriebsleitung der Robert Bosch GmbH hat gestern nachmittag das Betriebsratsmitglied des Werkes Feuerbach, Siegfried Hildwein, fristlos entlassen. Die Entlassung wird mit einer Verteilung von angeblich parteipolitisch orientierten Propagandaschriften begründet.

In einer ausgehängten Bekanntmachung an die Belegschaft sprechen die Direktoren Fischer und Knörzer von einer „Unterminierungspolitik“ im Werk durch „kommunistische Wortführer“. Gegen Handlungen des Betriebsrats und der Belegschaft werden die übelsten Verdächtigungen ausgesprochen. Die berechtigten Lohnforderungen der Belegschaft werden als eine inszenierte Mache dargestellt. Das Eintreten der Belegschaft für den Frieden wird verdammt. Zum Schluß wird der Belegschaft mit den Worten „Wir erwarten eine eindeutige klare Antwort“ sozusagen befohlen, das zu tun, was die Direktion diktiert und will.

Und was will die Direktion? Es ist offenkundig, daß sie mit der fristlosen Entlassung des Betriebsratsmitgliedes eine Machtdemonstration bei den Auseinandersetzungen um die Lohnfrage und um das Mitbestimmungsrecht inszenieren will.

Die Belegschaft der Robert Bosch GmbH hat sich bei den Betriebsratswahlen im vergangenen Jahr für die fortschrittlichsten

Gewerkschaftler des Betriebes entschieden. Das gemeinsame gewerkschaftliche Handeln der Bosch-Arbeiter soll durch die Kampfmaßnahmen der Bosch-Direktion jetzt vor den Entscheidungen über Lohn, Mitbestimmung und Betriebsrätewahlen zerschlagen werden. Darauf geht es hinaus. Durch eine Botschaft in die Einheit des Betriebsrats und der Belegschaft sollen diese an der konse-

quenten Vertretung ihrer Interessen verhindert werden.

Der Schlag der Betriebsleitung der Robert Bosch GmbH richtet sich nicht allein gegen den Kollegen Hildwein, das müssen alle Bosch-Arbeiter und -Angestellten sehen.

Es liegt daher an ihnen und dabei vor allen Dingen auch an der Jugend, deren Ver-

treter der Kollege Hildwein im Betriebsrat war, zu beweisen, daß sie das Manöver der Arbeiterfeinde in der Direktion der Firma Bosch durchschauen und darauf die richtige Antwort erteilen. Die Direktion will spalten und trennen. Sie will die Kampfkraft der Arbeiterschaft schwächen. Für die Belegschaft aber gilt das Wort: Einer für alle, und alle für einen.

Mai-Aufruf des Nationalrates

„Es wäre ein Verbrechen, die Augen vor den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten zu verschließen“

Berlin. (EB) Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland hat zum 1. Mai einen Aufruf erlassen. Darin heißt es:

„Die Kundgebungen des 1. Mai 1950, an dem sich das Fest der internationalen Solidarität aller Werktätigen in Stadt und Land des Völkerfriedens zum 60. Male jährt, werden im Zeichen des Kampfes der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für Frieden, Einheit und Aufbau durchgeführt. Die großen Demonstrationen sollen der stärksten Verbundenheit aller Volksteile Ausdruck verleihen. Der 1. Mai soll dem geschlossenen Willen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik manifestieren. In diesem geeinten Willen wird unser Volk im Oktober 1950 zur Wahlurne schreiten, das gemeinsame Wahlziel vor Augen. Die Feinde der Einheit und die Neider unseres Aufbaues sollen sich gesagt sein lassen: In der Deutschen Demokratischen Republik wird kein Rückfall in das Erbübel der

deutschen Zwietracht erfolgen. Alle Parteien und Massenorganisationen sind bemüht, die Gemeinsamkeit der Arbeit im demokratischen Aufbau zu pflegen. Während in der Deutschen Demokratischen Republik die Friedensindustrien auf vollen Touren laufen und sich unsere Lebenslage ständig verbessert, treffen die imperialistischen Militärführer Vorbereitungen zu einem neuen Krieg. In dieser Situation wäre es ein Verbrechen an unserer Jugend und der ganzen Menschheit, die Augen vor den Drohungen, Provokationen und Kriegsvorbereitungen der westlichen Imperialisten zu verschließen. Den Kriegsvorbereitungen steht der geschlossene Wille der täglich stärker werdenden Friedensfesten gegenüber. Er wird seinen sichtbaren Ausdruck in den Millionen Unterschriften der Friedensfreunde für das Verbot der Atomwaffe finden. Eine Friedensaktion, die die volle Unterstützung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland findet.“

Walter Ulbricht zum Deutschlandtreffen

Berlin. (EB) Der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, nahm in einem Interview mit dem Zentralorgan der FDJ, „Junge Welt“ zum Deutschlandtreffen der Jugend Stellung.

Die Bedeutung des Deutschlandtreffens der Jugend besteht darin, sagte Walter Ulbricht, daß zum ersten Male in der Geschichte die deutsche Jugend ihren Willen zur Verteidigung des Friedens demonstriert. Das Pfingsttreffen der Jugend in Berlin wird die größte Friedensdemonstration, die bisher stattgefunden hat.

Auf die Frage nach dem Wichtigsten an der Vorbereitung des Deutschlandtreffens antwortete Walter Ulbricht:

„Das Wichtigste an der Vorbereitung des Deutschlandtreffens besteht darin, daß eine große Aufklärungsarbeit über den Weg zur Sicherung des Friedens geleistet wird, daß die Jugend für das Verbot der Atomwaffe gewonnen und über die Kriegspläne der amerikanischen Imperialisten und die Friedenspolitik der Sowjetunion, des besten Freundes des demokratischen Deutschland, aufgeklärt wird.“

Volkschina nimmt diplomatische Beziehungen mit Holland auf

Hongkong. (EB.) Die Regierung der chinesischen Volksrepublik hat den holländischen Wunsch auf Errichtung diplomatischer Beziehungen zustimmend beantwortet.

Im Streiflicht gezeihen

Wahnsinniger versucht Zwischenlandung
Marseille. Das Verkehrsflugzeug Paris-Alger mußte in Marseille zwischenlanden, weil ein arabischer Passagier an Bord wahnsinnig geworden war. Er hatte die Stewardessen tätlich angegriffen und wollte nach seinen Keifen erwürgen. Nur das mutige Dazwischentreten der Fahrgäste konnte das Schlimmste verhindern. Der Araber wurde in Marseille in eine Nervenheilanstalt eingeliefert. (Nach Reuters)

Diebe höhnen Polizeihauptquartier
Rom. Aus dem streng bewachten Polizeihauptquartier Roms wurde eine Rechenmaschine gestohlen. Alle Polizeiposten wurden sofort alarmiert. Man will unter allen Umständen herausbringen, wie dieser schwierige Diebstahl gelungen konnte. (Nach Reuters)

Orkanische Stürme über Norditalien
Mailand. Orkanartige Stürme und starke Regenfälle richteten in Norditalien schwere Schäden an. Mehrere Flüsse durchbrachen die Deiche und überschwemmten große Landstrecken. Viele Brücken und Häuser wurden beschädigt. (n. R.)

Wie im tiefsten Winter
Weimar. Nach anhaltenden Schneefällen hat die Schneedecke auf den Höhen des Thüringer Waldes eine Stärke von 90 Zentimetern erreicht. In Brothorode und Oberholz werden Wintersportkämpfe veranstaltet.

Schmuggler verdienten zwei Millionen an Zigarettenpapier

Trier. Die Zollfahndungsstelle Trier verhaftete in Hermeskeil (Hunsrück) an der saarländischen Grenze eine schiköpfige Schmugglerbande, die in etwa einem Jahr am Schwarzhandel mit Zigarettenpapier rund zwei Millionen Mark verdient hat. Die Zollbeamten waren der Bande — drei Saarländern und fünf Einwohnern von Hermeskeil — seit Monaten auf der Spur. Gerade als die Schmuggler sich schwerbepackte an ein Gefäß in dem sie ihr Zigarettenpapier hatten, heranschlichen und einer von ihnen meinte: „Das hätten wir wieder geschafft“, griffen die Beamten zu. Die überraschten Schmuggler ließen sich widerstandslos verhaften. Sie waren mit einem Dolch, einem Schlagring und einer großen Menge gemahlener Pfeffer bewaffnet und gaben an, daß sie ursprünglich fest entschlossen waren, sich bei einem Zusammenstoß mit Zollbeamten zu wehren.

Schwere Arbeiterkämpfe in Frankreich

Generalstreik gegen Polizeiterror in Brest — Belagerungszustand im Süden von Paris

Brest. Gestern führten die Arbeiter der französischen Hafenstadt Brest einen 24stündigen Generalstreik gegen den Polizeiterror, der am Vortage einen Toten und zahlreiche Schwerverletzte forderte, durch. Der Generalstreik war vom Allgemeinen Gewerkschaftsverband CGT ausgerufen. Die sozialistischen und christlichen Splittergewerkschaften haben ihn voll unterstützt.

Am Montag hatte sich ein Demonstrationzug von vielen Tausenden zum Rathaus und zur Präfektur in Brest bewegt, um gegen die Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Marie Lambert und zweier Gewerkschaftsfunktionäre zu protestieren. Polizei und Mobilgarde provozierten dabei ein Blutbad, wobei ein Arbeiter ums Leben kam und eine größere Zahl verletzt wurden. Die Polizei hatte Tränengas eingesetzt, doch konnte sie nicht verhindern, daß die über ihr Vorgehen erregten Arbeiter sich erfolgreich zur Wehr setzten. Ein Polizeiwagen wurde umgeworfen und in Brand gesteckt. Der kommunistische Fraktionsvorsitzende in der französischen Kammer, Jacques Duclos, forderte von der Regierung eine Stellungnahme zu den Vorgängen in Brest. Selbst bürgerliche Zeitungen wenden sich gegen die rücksichtslose Anwendung der Gewalt gegen streikende Arbeiter.

Französische Arbeiter verteidigen Arbeitsplatz

Paris. In der im Süden von Paris liegenden Flugzeugfabrik kam es erneut zu Auseinandersetzungen zwischen der Belegschaft und starken Polizeikräften. Bekanntlich hatten Polizei und Mobilgarde am Samstag in großer Uebersmacht das Werk besetzt. Am Montag verlangten die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Gewerkschaft hatte zur Verteidigung des Arbeitsplatzes aufgerufen. Die Polizei und Mobilgarde, kriegsmäßig ausgerüstet, war in-

zwischen auf zweieinhalbtausend Mann angestiegen. Zwischen den Demonstranten, den sich gegen ihre Entlassung wehrenden Arbeitern und den Polizeikräften kam es wieder zu heftigen Zusammenstößen. Als die Polizei versuchte, in den nahegelegenen Arbeiterortort Gently einzudringen, wurde sie durch Wurfgeschosse aller Art aus den Häusern zurückgetrieben. In den Straßen wurden Barrikaden errichtet. Praktisch herrschte im Süden von Paris Belagerungszustand. Es wird mit großen Solidaritätsaktionen für die kämpfenden Arbeiter gerechnet. (Nach Reuters).

Durchsichtige Propaganda mit der Luxussteuer

Um von den Milliardengeschenken an die Schwerindustrie abzulenken

Als er noch Direktor der Verwaltung für „Wirtschaft“ war, da sagte der heutige „Bundesminister für Wirtschaft“, Professor Erhard — es war vor etwa einem Jahr —, daß die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland keinerlei Gefahr darstelle, denn sie bestände lediglich aus 800 000 Schwarzhändlern, die nach der Währungsreform „registriert“ wurden. Inzwischen wurden daraus 2 Millionen in dem Separatstaat der westdeutschen Milliardär-Regierung, wozu auch noch die 300 000 aus Westberlin kommen. Daß es sich nicht um „registrierte Schwarzhändler“ handelt, sondern um die Opfer der Wirtschaftspolitik der Pferdengeschäfte-Adenauer-Erhard, die durch sie zu Dauererwerbslosigkeit verurteilt sind, ist inzwischen vielen klar geworden. Diese Wirtschaftspolitik, die von schwerkapitalistischen Interessen bestimmt wird, bedroht auch weiterhin den Lebensstandard unserer werktätigen Bevölkerung, der durch die unerhörten hohen Massensteuern, durch Brotpreiserhöhung usw. der Brotkorb immer noch höher gehängt wird.

So billig, wie Professor Erhard es sich noch vor einem Jahr machen konnte, kann man heute kaum noch die Mißerfolge dieser Wirtschaftspolitik beschönigen. Man versucht heute andere Methoden und nachdem man gerade in Westdeutschland eine Milliarde D-Mark Steuergelder an die Großkapitalisten verschenkt, versucht man mit der Luxussteuer den Eindruck zu erwecken, als ob die Reichen zahlen sollen. Daß es sich dabei lediglich um Propaganda handelt und man gar nicht daran denkt, die hohen Einkommen in Westdeutschland damit zu treffen, das ergibt sich aus der einfachen Feststellung, wenn man kürzlich mit „Steuerreform“ eine Milliarde DM schenkte.

Bei einem Jahreseinkommen von 1200 DM, d. h. bei einem Monateinkommen von 100 DM trat eine Steuerermäßigung von 0,75 Prozent des Einkommens ein. Bei einem Jahreseinkommen von 2400 DM beträgt die Ermäßigung 1,9 Prozent, bei einem Einkommen von 4000 DM aber beträgt die Ermäßigung der Steuer 15 Prozent. Das heißt praktisch, wer ein Einkommen von 4000 DM hat, bekam eine Steuerermäßigung, die 6000 DM im Jahr betrug, sein Einkommen wurde also um monatlich 500 DM erhöht. Wer aber 60 000 D-Mark Einkommen hat, bei dem betrug die Steuerermäßigung 20 Prozent des Einkommens, also braucht er monatlich 1000 DM weniger Steuern zu zahlen als bisher.

Diese Zahlen entnehmen wir der Rede, die der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Koch in Bonn hielt, als die Steuerreform zur Debatte stand. Unter „Beachtung gewisser Grundsätze“ begünstigte die SPD die

wird, kann von diesem Steuergeschenk an die Milliardäre nicht abzulenken. Man wird, wenn diese Steuer beschlossen wird, den riesigen Bürokratenapparat erweitern und der wird mehr kosten, als er einbringt. Man wird sich dann darüber zu streiten haben, von welcher Qualität an etwa eine Aktien-tasche oder ein Lederkoffer „Luxus“ ist und wird unserer notleidenden Lederindustrie und anderen Herstellern neue Schwierigkeiten machen. Auf allen Gebieten unseres Lebens wird für die werktätigen Menschen die ständig steigende Verteuerung weiter bestehen bleiben und noch gesteigert werden, weil das Steuergeschenk an die Besitzenden eben nur auf Kosten der Armen wieder eingebracht werden kann.

Allein die Kommunisten haben im Bundestag Vorschläge für eine wirkliche und echte Steuerreform gemacht. Sie haben dort als einzige die Forderung der Gewerkschaften vertreten für die Steuerklassen II und III, also Jahreseinkommen bis 1500 DM (wozu noch 1000 DM für Frau und Kind kommen) steuerfrei zu lassen. Die Regierung Adenauer aber beweist immer eindeutiger, daß sie eine Regierung gegen das Volk ist, die man hinwegsetzen muß.

E. M.

Luxusdasein auf deutsche Kosten

Schwedische Zeitung kritisiert Besetzung in Westdeutschland Krise angekündigt

Stockholm. (dpa) „Müssen die Vertreter der alliierten Besatzungsmächte wirklich ein Luxusdasein führen?“ fragt die Stockholmer Zeitung „Aftonbladet“ in einer kritischen Untersuchung der Verhältnisse in Westdeutschland

Die Besatzungskosten von über 4 Milliarden Mark durch die 22 Prozent des Gesamtaufkommens an Steuern beansprucht würden seien eine völlig unproduktive Ausgabe. Nichtsdesto trotz 1871 gemachte Erfahrung, daß Militärverwaltungen in fremden Ländern schnell korumpieren, bestätigte sich auch im Jahre 1950. Das schwedische Blatt vertritt die Meinung, daß sich eine Krise der westdeutschen Besatzung vorbereite.

„USA sollten Tschiangkaischek fallen lassen“

Philadelphia. (EB.) Owen Lattimore, einer der führenden Fernost-Sachverständigen des US-Außenministeriums, forderte in einer Rede vor der Akademie für politische und soziale Wissenschaften in Philadelphia, daß die Vereinigten Staaten die Beziehungen zu den Tschiangkaischek-Pi-

raten auf Formosa abbrechen sollten. Er setzte sich ferner für die Entfernung des Kuomintang-Vertreters bei der UN und die Zulassung eines Vertreters Volkschinas ein.

Piratenest ausgehoben

Hongkong. Eine wichtige Marinebasis für die Blockade und das Piratentum des Perlflusses durch die Tschiangkaischek-Cligue, die kleine Insel Lintin unmittelbar vor Hongkong, ist von den Streitkräften der Volksrepublik erobert worden. Mit der Beschiebung des Stützpunktes vom Festland aus war begonnen worden, bevor die Landungseinheiten am Montag auf die Insel übersetzten und die Tschiangkaischek-Besatzung aufrieben oder gefangennahmen.

Polizeiaktion gegen den Frieden

Hamburg. (EB.) In Hamburg-Eimsbüttel hatten sich am Samstag Aktivisten des Friedenskomitees mit einem Tisch, der mit schwarzrotgoldenen Fahnen und den Friedenssymbolen geschmückt war, an der Apostelkirche postiert. In kurzer Zeit war die erste Liste mit Unterschriften für den Frieden gefüllt. Die zweite war ausgelegt, da erschienen Polizeibeamte im Auftrage des SPD-Bürgermeisters Brauer und verlangten die Entfernung des Tisches mit der Begründung, dieses sei eine politische Aktion, die vor dem gerade stattfindenden Wochenmarkt nicht erlaubt sei. Die Friedenskämpfer stellten ihren Tisch daraufhin im Trümmerecke auf, wurden aber auch hier von der Polizei vertrieben. Viele Männer und Frauen, darunter Mitglieder und Wähler der SPD, äußerten lebhaft ihre Empörung gegen diese Maßnahme der Hamburger SPD-Regierung gegen den Frieden. Trotz Eingreifens der Polizei bekannten sich mehr als 200 Personen in drei Listen durch ihre Unterschrift für den Frieden.

Die Einkreisungspolitik der USA

Bangkok. In Siam werden in den nächsten 12 Monaten strategische Flugplätze, Straßen und andere Verkehrswege mit amerikanischer Finanzhilfe in Höhe von bis zu 10 Millionen Dollar erbaut.

Der amerikanische Imperialismus treibt schamlos seine Einkreisungspolitik gegenüber der Sowjetunion und der Volksrepublik China.

Bankrotterklärung der französischen Kolonialherren

Hoffnungslose Lage der Imperialisten in Indochina

Schlecht, sehr schlecht muß es um die Sache der französischen Kolonialherren in Indochina bestellt sein. Sonst hätte es die große bürgerliche französische Zeitung „Le Monde“ nicht nötig, am 13. 4. 1950 in ihrer Leitartikelspalte, die die Meinung des französischen Außenministeriums wiedergibt, folgende Feststellung zu treffen:

„Seit mehr als drei Jahren führt die Regierung von Paris in Indochina einen Krieg, der viele Menschenopfer kostet, der die Kader der Heimatarmee schwer desorganisiert und der das Budget Frankreichs und der überseeischen Gebiete schwer belastet.“

Das Blatt beginnt auch zu erkennen, daß die Opfer, die die französische Regierung dem französischen Volk zugemutet hat, umsonst gewesen sind:

„Die kürzlich stattgefundenen Ereignisse haben zur Genüge bewiesen, wie wenig Ansehen gegenwärtig die Regierung Bao Dai genießt.“

Weil die Lage so hoffnungslos geworden ist und dadurch die Forderung auf Einstellung dieses sinnlosen „schmutzigen Krieges“ in der französischen Bevölkerung immer lauter wird, suchen die französischen Kolonialherren nach „Sündenböcken.“ „Le Monde“ hat ihre Stimme wiedergibt, beklagt sich bitter darüber:

„daß Widersprüche nicht nur zwischen den Westmächten im Fernen Osten, sondern auch in der Politik jeder einzelnen der drei Mächte bestehen.“

Großbritannien, so schreibt das Blatt, beure infolge des Widerstandes, der sich in Indien und Pakistan bemerkbar machte, be-

reiht die Tatsache, daß es Bao Dai anerkannte. Den USA wird vorgeworfen, daß sie zuerst Ho Chi Minh ermutigten, dann aber „bei der französischen Regierung darauf bestanden, Bao Dai wieder auf den Thron zu bringen.“ (Man beachte, wie offen das sonst so wohl gehütete Geheimnis der völligen Abhängigkeit der französischen Regierung von den USA preisgegeben wird.) Besonders empört ist „Le Monde“ darüber, daß obwohl

„das französische Expeditionskorps seit mehr als drei Jahren an der Spitze des Kampfes gegen den Kommunismus in Asien steht“

die französischen Antikommunisten ihren Lohn nicht erhalten und daß Frankreich den Anglo-Amerikanern nur gut genug ist, um für sie die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wie der Aufschrei eines tödlich Verwundeten klingt der Schlußappell, in dem dieser die Schwäche der Imperialisten bloßlegende Artikel einmündet:

„Die französische Regierung... fordert von den Angelsachsen, daß sie ihre Solidarität mit ihr unter Beweis stellen, ihr schnell helfen und die Franzosen im Fernen Osten nicht länger die undankbare und ungerechte Rolle „des bösen weißen Mannes“ spielen lassen.“

Daß sich „Le Monde“ auf die „Solidarität“ der anglo-amerikanischen Imperialisten beruft, nachdem das Blatt erst kurz zuvor in dem selben Artikel aufzulegen mußte, daß infolge der sich nun mehr vertiefenden Widersprüche zwischen den einzelnen Ländern und zwischen der Gruppe jedes einzelnen Landes, aber keine „Solidarität“ möglich

ist, ist ein ganz besonderer Ausdruck der Schwäche und Hilflosigkeit. Die Tatsache, daß die führende bürgerliche Zeitung in Frankreich eine derartige Bankrotterklärung abgeben muß, beweist, wie recht unsere französische Bruderpartei und mit ihr alle wahreren französischen Patrioten und Internationalisten haben, wenn sie fordern: Schluß mit dem schmutzigen Krieg in Indochina!

Kirche-Staat-Abkommen in Polen

Bischöfe verpflichten sich, Religion nicht zu mißbrauchen
Glaubensfreiheit gesichert

Warschau (nach dpa). Zwischen Staat und Kirche in Polen wurde eine Regelung getroffen. Das Abkommen wurde von dem Minister für Verwaltung der Westgebiete, Wladislaw Wolski, und drei Bischöfen unterschrieben.

Das neue Abkommen erstreckt sich auf alle Fragen, die zwischen Staat und Kirche zur Diskussion standen. Die polnischen Bischöfe verpflichten sich, den Mißbrauch der Religion zu staatsfeindlichen Zwecken zu verhindern und die verbrecherische Tätigkeit illegaler Banden zu bekämpfen. Sie werden die Autorität des Papstes nur in Fragen des Glaubens, der Moral und der kirchlichen Rechtsprechung anerkennen. In allen anderen Fragen wollen sich die Bischöfe von den Interessen des Volkes leiten lassen. Sie verpflichteten sich ferner, alle Bemühungen um die Erhaltung des Friedens zu unterstützen und sich allen Kriegsvorbereitungen zu widersetzen. Als Ziel des Abkommens wird in der Präambel angege-

gen, daß die Sterne vom Himmel stürzen, und beugen sich vor vornherein unter dem Feuerregen der Atombomben. Jedem, wenn in der Vergangenheit die Menschheit geknechtet wurde, haben diejenigen Christen, die nicht die Hoffnung besaßen, den Osternorgen vergessen und das Ende der Welten verkündet.

Dabei geht es nur um das Ende einer Welt, nämlich der kapitalistischen Welt. Es ist eine alte verbrauchte Welt, die im Blut, in Ruinen und Lügen zusammenbricht.

Uns Friedenskämpfer aber erwartet eine andere Welt. Sagt mir nicht, daß Ihr sie kennt und sie nicht wollt! Ihr wißt nicht, wie sie beschaffen sein wird, Ihr wißt nicht, welche Quelle unbesiegbare Großherzigkeit, siegreicher Energie und universaler Güte Ihr in Euch tragt.

Der Friede ist ein Kampf, der ebensoviel Heldentum und mehr Weisheit erfordert als die Kriegsrauferei. In einem atlantischen Krieg würden Deutschland und die gesamte Welt endgültig sich selbst vernichten. Im Frieden kann ein Deutschland der Hoffnung auf dem Wege des Schmerzes und der Demut, der Härte und der Geduld die Welt aus dem Bereich des Todes und der Ruinen herausführen, zumindest aber kann es seinen eigenen Selbstmord verweigern. Ich grüße schon jetzt den Sieg der deutschen Menschen, die der Hoffnung die Treue halten.

Abbé Jean Boulier, Frankreich, Mitglied des ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses in Stockholm.

Am 1. Mai heraus zur Demonstration!

Keinen Handschlag für Rüstungsproduktion, keinen Handschlag für Waffentransporte!

Daß man mit guten Wünschen allein die Kriegsbrandstifter nicht davon abhalten kann, ihre Verbrechen an den Völkern zu begehen, ist seit Jahrzehnten schon Gemeingut der sozialistischen Arbeiterbewegung. Mit besonderem Nachdruck appellierten die internationalen Sozialistenkongresse 1907 in Stuttgart und 1913 in Basel an die Arbeiter aller Länder, sich dem verderblichen Treiben der imperialistischen Machthaber zu widersetzen und den Frieden zu verteidigen.

Am gewissenhaftesten und konsequentesten wurden die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse in Rußland durchgeführt. Deshalb war dieser Kampf dort auch erfolgreich. Der Sieg der Arbeiterklasse über die Imperialisten und die ihnen ergebenen Parteien, der sich in der Aufrichtung der Sowjetmacht kundtat, war zugleich ein Sieg des Friedens über den imperialistischen Krieg. Das war am Ende des ersten Weltkrieges. Fünf Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges reicht die Friedensfront der Länder, in denen die imperialistische Herrschaft beseitigt ist, vom Herzen unseres deutschen Vaterlandes über den Osten Europas und Asiens hinweg bis an das Gelbe Meer.

Aber die Gefahr eines neuen Weltbrandes, mit Atombomben und Wasserstoffbomben geführt, erhebt sich drohend denn je vor den friedliebenden Völkern. Denn der Imperialismus, auf immer enger werdenden Raum zurückgedrängt, schickt sich an, das furchtbarste Verbrechen zu begehen, den Krieg zu entfesseln.

Den Völkern, die noch vom Imperialismus beherrscht sind, den Arbeitern vor allem, er-

wächst daraus, um ihrer selbst willen, um der Zukunft der Menschheit willen, die Pflicht des Kampfes zur Verteidigung des Friedens und gegen die Kriegstreiber.

Besonders für die Bevölkerung Westdeutschlands gilt das. Denn dieser Teil unseres Vaterlandes soll Aufmarschgebiet im Krieg gegen die Sowjetunion sein, wie heute schon amerikanische Bomber aus der westdeutschen Stadt Wiesbaden aufsteigen, um

Abbé Jean Boulier an Deutschlands Jugend

Botschaft an die deutsche Jugend

Meine deutschen Freunde!
Erlaubt mir, als Christ und Friedenskämpfer zu Euch zu sprechen und Euch zu sagen, wie ich für die Wahrheit über Deutschland einträte.

Kein Deutscher kann seine Zustimmung geben, daß sein Land für alle Zeiten in zwei Teile zerrissen bleibt. Aber wie ein tragisches Sinnbild der Welt von morgen ist Deutschland geteilt zwischen der Verzweiflung und der Hoffnung. Die Männer der Verzweiflung haben das westliche Deutschland erbaut, aber das östliche Deutschland wird erbaut von den Männern der Hoffnung.

Auf welche Seite gehören die Christen? Diejenigen unter ihnen, die verzweifeln, flüchten sich in die Apokalypse, sie warten

darauf, daß die Sterne vom Himmel stürzen, und beugen sich vor vornherein unter dem Feuerregen der Atombomben. Jedem, wenn in der Vergangenheit die Menschheit geknechtet wurde, haben diejenigen Christen, die nicht die Hoffnung besaßen, den Osternorgen vergessen und das Ende der Welten verkündet.

Dabei geht es nur um das Ende einer Welt, nämlich der kapitalistischen Welt. Es ist eine alte verbrauchte Welt, die im Blut, in Ruinen und Lügen zusammenbricht.

Uns Friedenskämpfer aber erwartet eine andere Welt. Sagt mir nicht, daß Ihr sie kennt und sie nicht wollt! Ihr wißt nicht, wie sie beschaffen sein wird, Ihr wißt nicht, welche Quelle unbesiegbare Großherzigkeit, siegreicher Energie und universaler Güte Ihr in Euch tragt.

Der Friede ist ein Kampf, der ebensoviel Heldentum und mehr Weisheit erfordert als die Kriegsrauferei. In einem atlantischen Krieg würden Deutschland und die gesamte Welt endgültig sich selbst vernichten. Im Frieden kann ein Deutschland der Hoffnung auf dem Wege des Schmerzes und der Demut, der Härte und der Geduld die Welt aus dem Bereich des Todes und der Ruinen herausführen, zumindest aber kann es seinen eigenen Selbstmord verweigern. Ich grüße schon jetzt den Sieg der deutschen Menschen, die der Hoffnung die Treue halten.

Abbé Jean Boulier, Frankreich, Mitglied des ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses in Stockholm.

deutschen demokratischen Republik. Am 1. Mai unter der Losung „Keinen Handschlag für Rüstungsproduktion! keinen Handschlag für Waffentransporte!“ demonstrieren, heißt für den Frieden und für Deutschland demonstrieren, heißt zu den nationalen und internationalen Pflichten der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes sich bekennen!

Ein Storch, der kein Glücksvogel ist

Die Ursache der Arbeitslosigkeit in Adenauers westdeutschem Separatstaat liegt in der Existenz dieses „Staates“ selbst, die eine Folge der Spaltung unseres deutschen Vaterlandes ist. Hätten wir eine einheitliche, unabhängige deutsche demokratische Republik, dann gäbe es keine Erwerbslosigkeit in Westdeutschland. Westdeutschland wäre nämlich nicht dem Besatzungsstatut, dem Ruhrstatut und dem Marshallplan unterworfen; Westdeutschland wäre keine Kolonie. Von Osten zum Westen, vom Westen zum Osten unseres Vaterlandes, würde der Strom der in emsiger friedlicher Arbeit in den Bergwerken und Fabriken erzeugten Güter fließen, und offen stünden die demokratischen Länder bis zum Gelben Meer dem deutschen Handel.

Von alledem will Herr Storch, prominenter Mitglied der Adenauer-Partei und „Bundesarbeitsminister“, nichts wissen. Statt dessen ließ er in einer Denkschrift „über die Entwicklung und über die Ursachen der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland von 1946 bis 1950“ folgendes schreiben:

„Schließlich bedeutet auch der Fortfall des Wehr- und Arbeitsdienstes ein nicht unbedeutliches Angebot von Arbeitskräften der jüngeren Jahrgänge.“

Herrn Storchs Ministerium bemerkt ergänzend, daß nach der Volks- und Berufszählung von 1939 im Gebiet der „Bundesrepublik“ rund 650 000 männliche Personen

Deutsche kämpft um Eure Rechte Fordert Abzug der Besatzungsmächte!

durch Wehr- und Arbeitsdienstpflicht-Abstellung gebunden“ waren. An Wehrmächts- und Arbeitsdienstbeamten und Angestellten gab es rund 170 000, und außerdem gab es, natürlich, für den sachlichen Bedarf des Heeres und Arbeitsdienstes „Arbeit in Hülle und Fülle. Das heißt, Arbeit, zur Rüstung für den Krieg zur Vorbereitung der Ernte des Todes. Im selben Jahre wurde er von Hitler begonnen.“

Das Ministerium des Herrn Storch sagt nicht ausdrücklich, daß es 650 000 junge Deutsche hier im Westen in die Zwangsjacke von Söldnern stecken will, daß wiederum Kanonen statt Butter die offizielle Lösung für die deutsche Wirtschaft sein soll. Nichtsdestoweniger soll das, was dieses Ministerium sagt, die Politik unterstützen, zu der Adenauer sich bekannte, als er sich bereit erklärte, ein deutsches Kontingent für eine europäische Armee zu stellen, sobald es die Hohen Kommissare nur wünschen.

Natürlich wünschen die Kriegstreiber in aller Welt die Remilitarisierung Deutschlands. Churchill hat das kürzlich im britischen Unterhaus ganz offen gesagt, und er war damit ganz einer Meinung mit den Kriegsplanern in den Generalstäben der Atlantikpakt-Mächte. Und vor ein paar Tagen erst hat der frühere holländische Wirtschaftsminister Dr. Geilissen Thesen aufgestellt, für eine richtige ökonomische Politik, in der es unter Ziffer vier heißt:

„Für den Aufbau einer westeuropäischen Verteidigung kann Deutschland nicht entbehrt werden.“

Was unter „westeuropäischer Verteidigung“ zu verstehen ist, kann leicht geschlossen werden aus dem Flug einer amerikanischen „fliegenden Festung“, die in Wiesbaden aufstieg, über sowjetischem Gebiet.

Der Storch ist in der Fabel ein Glücksvogel; denn er holt die neugeborenen Menschenkinder aus dem Teich und legt sie der Mutter in die Wiege. Der Storch aber, der als Ursache der Arbeitslosigkeit das Fehlen von 820 000 Soldaten und was dazu gehört, in Westdeutschland angibt, der Mangel an Kriegsvorbereitung als Ursache von Arbeitslosigkeit nennt, der erweist sich als ein Totengräber. Und weil wir wollen, daß unser deutsches Volk lebe, deshalb rufen wir es auf, mit aller Energie den Frieden zu verteidigen. In diesem Augenblick machen wir mobil zu diesem Kampfe durch die Unterschriftenammlung für die Achtung der Atombombe und für den Frieden.

So wie wir erfolgreich kämpfen für die Verteidigung des Friedens und gegen die Kriegstreiber, so öffnen wir uns auch den Weg zur Befreiung aus kolonialer Abhängigkeit und Unterdrückung, den Weg zu einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik und damit zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zu Wohlstand und einem glücklicheren Leben.

Schundfabrikation und „Mannheimer Morgen“

Wenn der „Westwind“ durch die Redaktionsstube weht

Mannheim. -!- Uns ist es durchaus verständlich, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik mehr als unzufrieden sind. Unternehmern will es nie in den Kopf, daß die Arbeiter ohne sie auskommen können und selbst beginnen, die Wirtschaft zu gestalten. Eine Wirtschaft, wo der kapitalistische Besitz nicht mehr ausschlaggebend ist und das oberste Ziel allen Wirtschaftens nicht mehr der Profit, sondern das Bedürfnis der großen Masse des Volkes ist, können sie sich nicht vorstellen, wollen es auch gar nicht, denn sie haben dabei ausgespielt.

Der „Mannheimer Morgen“ hat sich kürzlich in einem Artikel „Ostwind weht Sand in das Getriebe“ mit den Arbeitsverhältnissen in der DDR befaßt. Das ist sehr gutes Recht und es wäre ebenso sein gutes Recht, die Verhältnisse von seinem Gesichtspunkt dem der Unternehmer, nicht in Ordnung zu finden. Aber der „Mannheimer Morgen“ denkt ja nicht daran, mit offenen Karten zu spielen. Er reist auf eine andere Tour, die dazu nicht einmal neu ist. Vor 30 Jahren wurde in den westlichen Ländern bis zur Sinnlosigkeit die Walze geleiert, daß die Sowjetmenschen, die „dummen russischen Arbeiter“, niemals in der Lage wären, die Technik und Organisation einer modernen Wirtschaft zu meistern. Deshalb sollte auch die große Oktoberrevolution neben vielen anderen Gründen scheitern. Heute ist es keine Frage mehr, daß man in der Sowjetunion nicht nur diese Probleme meisterte, sondern der Welt das überlegene Beispiel stürmischer Fortschritts auf der Grundlage sozialistischer Planwirtschaft lieferte. Daran kommt heute niemand mehr vorbei. Um so fragwürdiger muß es erscheinen, daß der „Mannheimer Morgen“ diese alte verstaubte Argumentation aus der Mottekiste hervorholt, um sie diesmal gegen die DDR zu kehren.

Ungeachtet dessen, daß die wirtschaftlichen Leistungen der DDR auf der kürzlich abgehaltenen Leipziger Messe vor der Weltöffentlichkeit unter Beweis gestellt worden waren, wird in dem Artikel des „Mannheimer Morgen“ insgesamt von der „Zerstörung der Qualitätsarbeit in der Ostzone“ gesprochen. Schuld daran sei das Hennecke-System, das habe nämlich „gründlich mit dem Begriff der alten deutschen Wertarbeit aufgeräumt.“ Es habe sich gerächt, nach sowjetischem Vorbild größeren Fleiß zu fordern und den deutschen Arbeiter durch SOLL und UBERSOLL zu kontrollieren. „Mit dem sowjetischen Akkordsystem hat man sich gleich-

zeitig das sowjetische „Nitschewo“ in der Industrie eingewandelt“, was wohl mit der Behauptung gleichgesetzt werden soll, daß die Arbeiter gegenüber ihrer Arbeit gleichgültig geworden seien. Der Erfolg davon – nach dem „Mannheimer Morgen“ – „Aus der Ruhe seines Arbeitsganges gerissen produziert er (der Arbeiter) das im Tonwabbou der Weltanschauungskämpfe der Normen und der Plänen (i) Pla wirtschaftlicher nur produzieren kann: Schund.“

Darauf wollte der Artikel im „Mannheimer Morgen“ hinaus. Verläßt die Prinzipien der gehelligten kapitalistischen Profitwirtschaft nur um einen Millimeter, dann landet ihr beim Schund! Nun soll der Clou der Geschichte kommen. Daß es so und nicht anders in der DDR sei, werde nicht etwa von der bösen westlichen Presse, sondern von den östlichen Blättern behauptet, die in breiten Schlagzeilen werde gefordert: „Weg mit dem Schund!“ Was es mit diesen Schlagzeilen auf sich hat, hütet sich der Artikel im „Mannheimer Morgen“ zu beschreiben. Er bringt da nämlich seine Erklärung, die wir eingangs bereits gekennzeichnet haben, die aber dann „verniedlicht“ und „vermenschtlicht“ wird durch Beispielen, durch Milchmädchenrechnungen und Erzählungen. Lokomotiven werden in der DDR gebaut und nach der Probefahrt verschrottet. Warum? „Wir können nichts dafür“, sollen nach dem „Mannheimer Morgen“ die Arbeiter versichern, „die Stahlplatten, die Nägel und Bleche sind unbrauchbar, 20 bis 30 Prozent des gelieferten Materials sei Ausschuß.“ Wenn es so schon bei Stahl und Eisen ist, wie soll es dann erst sein, wenn die Produktion komplizierter wird?

Halten wir dem die Feststellungen des Instituts für Eisenforschung von Hennigsdorf entgegen. Danach hat das Walzwerk der Max-Hütte in der DDR einen Ausstoß von Erzeugnissen zweiter Qualität in Höhe von 20 bis 30 Prozent. Ein Ausstoß von 20 bis 30 Prozent zweiter Qualität in allen Ländern der Welt 5,6 Prozent! Damit setzt sich der „Mannheimer Morgen“ nicht auseinander, sondern er bringt – wie gesagt – „Erzählungen.“

In einer Wirtschaft, wo es nach sozialen und naturgemäß nach vernünftigen Gründen zugeht, ist die Schundproduktion nicht am Platz. Daß ein Arbeiter etwa im Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ berichtet, daß „ein im Konsumladen

neugekauftes Messer nicht einmal das erste Aufschmieren von Kunsthonig auf eine Schnitt Brot vertrag, sondern sofort verbogen war“, hat seinen Sinn, nämlich den, daß es sinnlos ist, derartiges zu produzieren. Der müßte ein Narr sein, der wie der Artikelschreiber des „Mannheimer Morgen“ annehmen würde, daß man nichts besseres an Messern zu fabrizieren in der DDR in der Lage sei. Er kann so ziemlich in jedem Eisenwarengeschäft des vielgerühmten Westdeutschlands ein Messer, das eine „Spitzenleistung“ von Schund darstellt, kaufen. Daraus zu schlußfolgern, daß die Solinger Stahlindustrie nur Schund erzeugte, wäre Irrsinn. Hier in Westdeutschland wird aber nie jemand auf den Gedanken kommen, die Unterbindung der Fabrikation des Schundes zu verlangen, denn wenn dieser abgesetzt wird, hat seine Produktion ihre kapitalistische Rechtfertigung. In der DDR nicht „weil Arbeitskraft nicht nutzlos für Schund werden darf. Sollte man glauben, daß der Artikelschreiber des „Mannheimer Morgen“ diese Dinge nicht genau so in der Lage ist, wie wir, zu sehen?

Der Hauptschlagler in dem Artikel, über „fehlende Wertarbeit“ in der DDR, ist das folgende: „Die Schweiz schickte z. B. die erste ostzonale BMW-Lieferung enttäuscht nach Eisenach zurück. Aus Deutschland sei man ganz andere Qualität gewöhnt.“

Das war das einzige, was in dem Artikel des „Mannheimer Morgen“ unter den vielen Erzählungen über die DDR greifbar war. Wir haben an die Betriebsleitung des BMW-Werkes geschrieben und um eine Stellungnahme zu der Behauptung des „Mannheimer Morgen“ gebeten. Es wird uns mitgeteilt, daß die erste Lieferung von BMW-Wagen nach der Schweiz schon im Jahre 1948 durchgeführt wurde und seitdem weitere Lieferungen folgten, ohne daß bisher ein einziger Wagen zurückgeschickt oder die Qualität in Frage gestellt worden wäre.“ In dem Schreiben wird noch darauf hingewiesen, daß auf der Leipziger Frühjahrsmesse BMW-Lieferabschlüsse mit allen Teilen der Welt, darunter auch erneute mit der Schweiz, getätigt wurden.

Uns scheint es, daß, um die Qualitätsarbeit verneinen und einen politischen Angriff auf die DDR führen zu können, der „Mannheimer Morgen“ allzu unbedenklich journalistischen Schund erzeugte, bestimmt aber sich seiner bediente.

Gemeinsamer 1. Mai in Österreich

Wien. Das Präsidium der österreichischen Vereinigung fortschrittlicher Sozialisten forderte die Mitglieder der Partei auf, sich am 1. Mai an den Kundgebungen und Demonstrationen des Linksblokes zu beteiligen und diese zu einer mächtvollen Manifestation des Kampfes für den Frieden zu gestalten.

Pressestimmen

„Ein Gefühl in der Luft“ – daß amerikanische Position schwächer wird

Als Mr. McCloy letzte Woche in London sprach, richtete er in Wirklichkeit einen Appell an die Briten, ein „vereinigtes Europa, das Deutschland als einen Teil umfassen soll“, zu entwickeln. Dies ist unsere Politik in der Zukunft, und die Streitfrage ist, ob sie auf einer genauen Einschätzung und Beurteilung der Lage beruht. Ich glaube nicht, daß dies der Fall ist, und ich glaube vielmehr, daß eine wachsende Kluft zwischen unseren offiziellen Hoffnungen und der gegenwärtigen Entwicklung der Ideen und Kräfte in Deutschland besteht.

Aus McCloy's eigenen Erklärungen, die er vor kurzem über Deutschland abgab, läßt sich eher eine Note der Dringlichkeit als des Vertrauens herauslesen. In den Berichten vieler Deutschlandbesucher, z. B. in denen von Joseph Alsop, ist große Angst enthalten. Es ist ein Gefühl in der Luft, daß unsere eigene Position in dem großen Kampf um Deutschland schwächer wird und daß das Schicksal Deutschlands, das die Zukunft Europas und den Ausgang des Konflikts um Krieg oder Frieden bestimmen wird, unserer Kontrolle, unserem Einfluß und unserer Führung entgleitet.

Wir müssen uns selbst fragen, ob das Schicksal, das McCloy der deutschen Nation bietet, irgendeine vernünftige Aussicht auf Verwirklichung enthält. Um diese Frage zu prüfen, muß

McCloy's Erklärung über unsere allgemeinen Hoffnungen vom Himmel auf die Erde gestellt werden. Statt von einem „vereinigen Europa“, von dem „Deutschland ein Teil ist“, sprechen wir gegenwärtig über die Vereinigung eines Teiles von Deutschland mit einem Teil von Europa. ... Ist es möglich, daß ein Teil Deutschlands mit Westeuropa in einem System vereinigt werden kann, das gedeiht und sicher ist? Die Deutschen, nicht wir, werden diese Fragen beantworten. Es bestehen starke Anzeichen dafür, daß sie in ein solches westliches System nicht eintreten wollen und können. ...

Weit davon entfernt, Begeisterung zur Schau zu tragen, selbst wenn er solche Begeisterung empfand, ist Dr. Adenauer selbst bei seiner Antwort auf die Einladung (zur Teilnahme am Europarat, d. Red.), gezwungen, nicht den Freier, sondern den Umworbene zu spielen. Warum? Weil die Mehrheit der Deutschen davor zurückerschreckt, sich für irgendwas zu verpflichten, was als die Zustimmung zu einem geteilten, entwarfneten und besetzten Deutschland ausgelegt werden kann. ... Die Schwierigkeit der Frage besteht, wie ich befürchte, darin, daß unsere offizielle Auffassung über die deutsche Zukunft in einen grundsätzlichen Widerspruch zu den Lebensinteressen und den Lebensbedürfnissen der deutschen Nation gerät.

Walter Lippmann, „New York Herald Tribune“

Freundschaft der Völker - Unterpfand des Friedens

Zum fünften Jahrestag der Unterzeichnung des sowjetisch-polnischen Freundschaftsvertrages am 21. April

Vor fünf Jahren, am 21. April, wurde in Moskau ein Dokument unterzeichnet, das bestimmt war, die im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Hitlerfaschismus, geschlossene Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem polnischen Volk zu festigen. Dieses Dokument war das Ergebnis der Lehre, die das polnische und das sowjetische Volk aus der Geschichte gezogen haben.

Die Freundschaft zwischen dem russischen und dem polnischen Volk — begonnen in der Zeit des revolutionären Kampfes des Jahres 1905 — wurde nach dem ersten Weltkrieg durch die Pilsudski-Herrschaft und die rechtssozialistischen Umtriebe volksfeindlicher Politiker zerstört. Mit antisowjetischer Hetze infiziert, sollte das polnische Volk die Sowjetunion nach dem Westen isolieren sollte Polen als Aufmarschgebiet für einen Krieg gegen den sozialistischen Staat ausgenutzt werden. Als Hitlertruppen die Verwirklichung dieses schändlichen Plans in Angriff nahmen, reifte im werktätigen Volk Polens das Bewußtsein, daß die nationale Unabhängigkeit mit imperialistischen Plänen, mit imperialistischer Politik unvereinbar ist. Die Besten des Volkes griffen zu den Waffen und erkämpften Schulter an Schulter mit Soldaten der Sowjet-Armee die Freiheit des Landes.

Noch kämpften diese Soldaten vor den Toren Berlins, um die Menschheit vor der Pest des Hitler-Faschismus zu befreien, als in Moskau die Freundschaft der beiden Völker dokumentarisch verankert wurde. „Dieser Pakt — erklärte Genosse Stalin — ist die Garantie für die Unabhängigkeit des neuen, demokratischen Polen, die Garantie für Polens Macht und Blüte.“

Die Jahre des gemeinsamen Kampfes gegen den Hitlerfaschismus haben die polnische Arbeiterklasse, das polnische Volk mit dem Vertrauen zur Sowjetmacht und zum Genossen Stalin befreit. Im Vertrauen zu seinen Worten hat das polnische Volk alle hinterhältigen Pläne der Imperialisten, die mit Hilfe von Mikolajczyk und seinen Helfershelfern Polen wieder in den Dienst imperialistischer Abenteuer stellen wollten, zunichte gemacht. Es hat nach den Worten des Vertrages gehandelt, der abgeschlossen wurde „in der Überzeugung, daß eine dauerhafte Freundschaft und enge Zusammenarbeit zwischen dem polnischen Volk und dem Sowjetvolk einer günstigen Entwicklung beider Länder dienen wird.“

Die fünf vergangenen Jahre haben die Richtigkeit dieser Worte voll und ganz bewiesen, sie waren eine gute Probe für die Festigkeit der untrennbaren Freundschaftsbände zwischen der UdSSR und Volkspolen. Auf jedem Gebiet des staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens hat sich der ersprießliche Einfluß der Freundschaft und des Bündnisses zwischen dem polnischen und sowjetischen Volk bemerkbar gemacht. Wenn es der polnischen Republik gelang, zur Planwirtschaft überzugehen und den Drei-Jahresplan zwei Monate vor der Frist zu erfüllen, wenn es gelang, im Resultat dieses Planes den Lebensstandard des polnischen Volkes positiv zu beeinflussen, den Verbrauch von Lebensmitteln und Industriegütern pro Kopf erheblich zu steigern, den Lohnfonds zu vergrößern, die Industrialisierung des Landes voranzutreiben, so stützen sich diese beachtlichen Erfolge nicht zuletzt auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Volksen und der Sowjetunion. 1945 war es die Sowjetunion, die sich um 92 Prozent an der Einfuhr nach Polen beteiligte und Rohstoffe, vornehmlich für die chemische und Textilindustrie, lieferte. In der Zeit des Getreidedefizits, in den Jahren 1946/47, lieferte die Sowjetunion rund 1,8 Millionen Tonnen Getreide an Polen.

Bei einer Analyse der Beziehungen zwischen der UdSSR und Volksen sieht man die Gleichberechtigung der Vertragspartner,

sieht man den himmelweiten Unterschied der Beziehungen zweier souveräner Staaten gegenüber dem versklavenden Charakter der Marshallplan-Beziehungen. Laut sowjetisch-polnischem Handelsabkommen liefert die Sowjetunion nicht nur Autos, Traktoren, landwirtschaftliche und Druckereimaschinen an Polen, sondern auch Baumwolle, Eisen-, Mangan- und Chromerze, Erdölzerzeugnisse, Chemikalien und andere Rohstoffe, die von der polnischen Volkswirtschaft dringend benötigt werden. Nicht die Eroberung eines fremden Marktes, nicht der Absatz von Ladungsmitteln, sondern die ehrliche wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Nutzen beider Völker bildet die Grundlage des polnisch-sowjetischen Bündnisses.

Dieses Bündnis beschränkt sich jedoch keinesfalls auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit, es erstreckt sich auf das Gebiet der Kultur, auf die Ausbildung zahlreicher polnischer Studenten in der Sowjetunion, auf Studienreisen polnischer Delegationen von Arbeitern, Bauern, Gewerkschaftlern, Wissenschaftlern und Schriftstellern nach der Sowjetunion, auf den Erfahrungsaus-

tausch zwischen Polen und der UdSSR zwecks Anwendung fortschrittlicher sowjetischer Produktionsmethoden in der polnischen Industrie.

Die Freundschaftsbände, die im gemeinsamen Kampf gegen den Hitlerfaschismus geknüpft wurden und deren Erfolge für beide Völker so nutzbringend waren, haben sich so fest in die Herzen polnischer und sowjetischer Menschen verankert, daß jegliche Versuche, dieser Freundschaft Abbruch zu tun, auf den entschiedenen Widerstand des polnischen Volkes stoßen mußten. So handelte die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei ganz im Sinne der Interessenvertretung der polnischen Arbeiterklasse, wenn sie mit den sozialdemokratischen Theorien, die von Mißtrauen gegen die Sowjetunion erfüllt sind, Schluß machte und solche Funktionäre wie Gomulka, der von den „grundsätzlichen Unterschieden der Entwicklung in Polen und in Rußland“ schwätzte und behauptete, daß in Polen „die Diktatur der Arbeiterklasse weder notwendig noch zweckmäßig ist“, aus der Führung der Partei ausstieg.

Betrachtet man die internationale Bedeu-

tung des polnisch-sowjetischen Vertrages, so ist sie heute noch größer als vor fünf Jahren. Einer der Eckpfeiler des Weltfriedens ist die Festigung und Stärkung der nationalen Unabhängigkeit und der staatlichen Souveränität der kleinen und großen Völker. Polen ist heute ein mächtiger Faktor im Lager des Friedens und der Demokratie. Die Stimme des polnischen Volkes ist die machtvolle Stimme einer souveränen Friedensmacht im Chor der 800 Millionen Friedenskämpfer, an deren Spitze das sowjetische Volk steht. Die sowjetisch-polnische Freundschaft liefert der ganzen Welt den Beweis für die Fruchtbarkeit der gutnachbarlichen Beziehungen, fößt allen friedliebenden Menschen der Welt das Bewußtsein der Stärke des Lagers des Friedens und der Demokratie ein.

„Alle unsere Errungenschaften“, sagte der polnische Staatspräsident Boleslaw Bierut in seiner Neujahrsrede 1950, „zeugen von der Richtigkeit des von uns ein für allemal eingeschlagenen Weges, auf dem wir unseren Platz im Lager des Friedens und des Sozialismus erreicht haben, in dem Lager, das die große Sowjetunion anführt.“ E-n.

Friedensbewegung in der ganzen Welt

groß der Bewegung der Kämpfer für den Frieden statt.

2500 amerikanische Persönlichkeiten haben im Laufe einer Großversammlung eine Petition gegen die Wasserstoffbombe unterzeichnet. Diese Bittschrift enthält die drei Forderungen:

1. Die Abhaltung einer sofortigen Sitzung des Kongresses über die Wasserstoffbombe.
2. Die Ernennung einer neuen Kommission welche die Baruch-Vorschläge zur Kontrolle der internationalen Atom-Energie überprüfen soll.
3. Die sofortige Abhaltung einer Konferenz zwischen der USA und der SU, um über die allgemeine Abrüstung zu diskutieren und dem kalten Krieg ein Ende zu setzen.

„Wir wollen den Frieden“, betont diese Petition. „Wir erklären, daß ein Abkommen mit der Sowjetunion nicht nur möglich, sondern absolut notwendig für die Welt ist. Der Wille zu überleben ist in sich selbst schon eine Basis zur Einigung. Wir sind nicht allein. Zwölf berühmte Atomwissenschaftler, sowie die Föderation der amerikanischen Wissenschaftler, der Rat zur Vermeidung des Krieges, Journalisten, Arbeiterführer, Kirchenführer, politische Führer aller Parteien anerkennen, daß die jetzige Krise Gelegenheit gibt, die allgemeine Orientierung unserer Außenpolitik zu überprüfen.“

Diese Petition hat unter ihren ersten Unterschriften folgende: Dr. Harlow Shapley (Cambridge Mass.); Dr. Linus Pauling (California); Dr. Philipp Morrison (Ithaca N. Y.); Dr. Henry F. Fairchild (New York City).

Argentinien
Die argentinische Bewegung der Jugend für den Frieden in Verbindung mit dem ständigen argentinischen Friedenskomitee hat eine Reihe von Versammlungen der Friedensjugend vorbereitet, deren erste am 1. April in Buenos Aires stattfand. Bei dieser Vorbereitung wurde eine Friedensabstimmung unter der Jugend in der argentinischen Hauptstadt organisiert. Wir erfahren heute daß die Abhaltung dieser Versammlung am 1. April verboten wurde, daß aber Demonstrationen in den Straßen improvisiert wurden.

Demokratisches Deutschland
Das Deutsche Komitee in Berlin hat an alle demokratischen Organisationen, an alle Menschen guten Willens in Deutschland einen Aufruf erlassen, um den Kongreß der jungen Friedenskämpfer, der zu Pfingsten in Berlin abgehalten werden soll, zu unterstützen.

Belgien
Die Belgische Vereinigung zur Verteidi-

gunst des Friedens hat die demokratischen Organisationen aufgerufen, ein „Nationales Komitee für den Tag des 1. Mai“ zu bilden, welches sich zur Aufgabe gestellt hat, die Bildung örtlicher Komitees zu unterstützen, die zur Aufgabe haben, anlässlich des 1. Mai mächtige örtliche Kundgebungen zu organisieren, die unter dem Zeichen des Kampfes um den Frieden und den sozialen Fortschritt stehen sollen.

Brasilien
Am 5. März hat in Rio de Janeiro die Konferenz der diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten in den Ländern Südamerikas stattgefunden. Durch den Ruf der Kämpfer für den Frieden und anderer demokratischer Organisationen, hat das brasilianische Volk seinen energischen Protest kundgegeben, gegen diese Versammlung, die als ein weiterer Schritt betrachtet wurde, in der Verwirklichung der ökonomischen und politischen Versklavung der Latein-Amerikanischen Länder und zur Kriegsvorbereitung.

Trotz eines großen Polizeiaufgebots haben viele Demonstrationen stattgefunden.

Costa Rica
Am 11. April hat in Costa Rica die erste nationale Konferenz der Kämpfer für den Frieden stattgefunden.

Indien
Das Indische Komitee der Kämpfer für den Frieden organisiert vom 23. bis 30. April eine Friedenswoche um den Jahrestag des Weltkongresses zu feiern. In enger Verbindung mit den Studentenorganisationen, Frauen- und anderen demokratischen Organisationen bereiten die Provinzkomitees eine Kampagne von Kundgebungen und Unterschriftensammlungen vor.

Israel
Mehr als 4000 Vertreter der jüdischen und arabischen Bevölkerung haben am dem 1. Kongreß der Kämpfer für den Frieden in Israel teilgenommen, der unter dem Motto stand: „Für den Frieden, für die Freundschaft unter den Völkern, gegen die Kriegstreiber.“

Italien
In fast allen italienischen Häfen haben Kundgebungen stattgefunden, um den Hafenarbeitern Friedensfähnen zu überreichen die sich weigerten, amerikanische Waffen auszuladen.

Viele lokale Friedenskonferenzen finden augenblicklich im ganzen Land statt. Besonders imposant war die in Genua.

Luxemburg
Am 26. März fand in Luxemburg der Kon-

Gib deine Stimme



Friedenskongreß in Australien

Mitte April wird der Australische Friedenskongreß in Melbourne stattfinden. Viele australische Organisationen, die den Kampf zur Erhaltung des Friedens unterstützen, werden ihre Delegierten senden. Führende Persönlichkeiten der Weltfriedensbewegung, wie Paul Robeson, der berühmte Neger-Sänger, der Dekan von Canterbury und Frau Sun Yat Sen wurden zu der Tagung eingeladen. Das Weltfriedenskomitee und die Friedensaussschüsse Englands, Amerikas, der Sowjetunion und Chinas wurden aufgefordert, Delegierte zu senden. Auf dem Kongreß wird u. a. das Ergebnis der Friedensabstimmung, die seit Monaten in ganz Australien durchgeführt worden ist, bekanntgegeben. Außer den Tagungen des Kongresses sind Frauen- und Jugendkundgebungen geplant; australische Schriftsteller werden sich über die Bedeutung des Friedens mit ihren Lesern auf einer besonderen Konferenz unterhalten.

Die australische Jugend hat ihren Friedenswillen bereits in verschiedenen Kundgebungen bewiesen. Der Verband australischer Studenten stellte in einer Entschliessung fest, daß die Erhaltung des Friedens die größte Aufgabe sei, vor der die Menschheit heute steht. „Da die Jugend in einem Krieg am meisten verlieren würde, geloben wir, daß wir aktiv mit allen Personen und Organisationen zusammenarbeiten werden, um den Frieden zu erhalten. Eine ehrliche Politik internationaler Freundschaft muß befolgt und alle Äußerungen des Rassenhasses oder religiöser Verfolgung müssen bekämpft werden. Alle Kriegsvorbereitungen und Kriegspropaganda müssen verhindert werden. Gegen die Einmischung in die Innenpolitik einer anderen Nation muß protestiert werden. Die Atombombe und die Bakterienkriege müssen verboten werden. Die Erhaltung des Weltfriedens ist mit dem Recht aller kolonialen und unterdrückten Völker auf nationale Unabhängigkeit untrennbar verbunden.“

Auch der Verband ehemaliger Kriegsteilnehmer ist eine der führenden Organisationen in der Friedenskampagne. Auf der letzten Jahrestagung des Verbandes wurde gefordert, für die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern einzutreten, aktiv für den Frieden zu arbeiten und alle Menschen über die Schrecken des Krieges so aufzuklären, wie es ehemalige Kriegsteilnehmer nach bestem Wissen und Können vermögen.

J. K.

Der türkische Dichter Nazim Hikmet trat im Gefängnis von Bursa in den Hungerstreik. Hikmet war 1937 von einem türkischen Kriegsgericht wegen „literarischer Verfehlungen“ — er hatte antimilitärische Gedichte verfaßt — zu 20 Jahren Einzelhaft verurteilt worden.

Zur 80. Wiederkehr von Lenins Geburtstag

Lenins Theorie des Imperialismus

Nach einem Vortrag von Fred Oeffner im Marx-Engels-Lenin-Institut

Die theoretische Analyse des Imperialismus gehört zweifellos zu den bedeutendsten wissenschaftlichen Leistungen Lenins. Diese Lehre Lenins ist Wegweiser für die internationale Arbeiterklasse und darüber hinaus für alle fortschrittlichen Elemente der Menschheit, denn sie zeigt ihnen, in welcher Richtung sie ihre Anstrengungen zu lenken haben, um den gesellschaftlichen Fortschritt vorwärtszutreiben.

Das große Verdienst Lenins besteht darin, daß er die neuen Erscheinungen des Imperialismus im 20. Jahrhundert analysierte, wobei auch die Analyse des Imperialismus durch Lenin ebenso wie die ökonomische Analyse bei Marx keine rein ökonomische Theorie ist, denn der Marxismus kennt keine rein ökonomische Theorie. Die Theorie des Imperialismus hat drei Seiten: eine ökonomische, eine historische und eine politische Seite.

Die ökonomische Seite des Imperialismus
Lenin nimmt zum Ausgangspunkt seiner Analyse („Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“) die Vorgänge innerhalb der kapitalistischen Produktion selbst, nicht, wie das beispielsweise Hilferding getan hat, die Vorgänge in der Zirkulation. Lenin spricht von der Konzentration der Produktion in immer größeren Betrieben. Dadurch wird ein wesentlicher Grundzug des Kapitalismus, nämlich die freie Konkurrenz, in sein Gegenteil verwandelt, in das Monopol.

Aus der Verschmelzung des Bank- und Industriekapitals entstand schließlich das Finanzkapital als ein neues Merkmal der imperialistischen Epoche des Kapitalismus. Damit tritt eine gewisse Differenzierung innerhalb der Bourgeoisie ein. Auf der einen Seite entsteht eine Schicht von Kapitalisten, die keine andere gesellschaftliche Rolle mehr spielt als die eines Rentners, auf der anderen Seite eine kleine Gruppe von großen Kapitalmagnaten.

Auf der Basis dieser Entstehung des Finanzkapitals entwickelt sich also innerhalb der kapitalistischen Klasse eine Finanzoligarchie, die die wirtschaftliche und politische Herrschaft in der Periode des Imperialismus ausübt. Weil aber der Kapitalismus um des Profites willen produziert, weil er danach strebt, einen maximal hohen Profit zu realisieren, darum entsteht ein Kapitalüberschuß, der nach Anlagemöglichkeiten in aller Welt sucht. Der Kapitalexport gewinnt größere Bedeutung als der Warenexport. Damit entstehen auch zugleich neue Monopolverhältnisse, ganz neue Abhängigkeitsverhältnisse und neue Konfliktstoffe. Der Markt wird für die Monopole zu klein. Sie wachsen über die nationalen Grenzen hinaus, sie tun sich zusammen mit den monopolistischen Kumpanen aus den anderen Ländern, sie bilden internationale kapitalistische Monopolverbände und beginnen, die Welt wirtschaftlich untereinander aufzuteilen.

Die historische Stellung des Imperialismus

Der Kapitalismus hat auch in der Periode des Imperialismus einen weiteren Entwicklungsprozeß durchgemacht, ganz neue Erscheinungen innerhalb des Kapitalismus sind zutagegetreten. Der monopolistische Kapitalismus wurde zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Eine Entwicklung, die, wie Lenin im Vorwort zu seiner Schrift „Staat und Revolution“ sagt, ganz besonders durch den ersten Weltkrieg vorangetrieben und — wie wir heute sagen können — durch den zweiten Weltkrieg weiter gefördert wurde. Das entscheidende Neue aber ist, daß mit dem ersten Weltkrieg und besonders mit der siegreichen Oktober-Revolution im Jahre 1917 die allgemeine Krise des politischen Systems eingeleitet wurde als die unmittelbare Verfalls- und Untergangsepoch des Kapitalismus. Dieser imperialistische Kapitalismus ist, historisch betrachtet, durch drei Merkmale gekennzeichnet: 1. monopolistischer Kapitalismus, 2. parasitärer Kapitalismus und 3. sterbender Kapitalismus. Die Periode des monopolistischen Kapitalismus

ist durch vier Hauptmerkmale gekennzeichnet: 1. durch die Konzentration der Produktion, durch die Bildung von Kartellen, Syndikaten, Trusts und Konzernen, 2. durch die monopolistische Beherrschung der Rohstoffquellen, 3. durch das Monopol des Finanzkapitals und 4. durch den monopolistischen Kolonialbesitz, der einen verschärften Kampf um die Neuverteilung hervorruft.

Ein Beispiel des Staatsmonopolkapitalismus war Hitler-Deutschland, wo zu Nutz und Frommen der Finanzoligarchie alle Rechte des Volkes mit Füßen getreten wurden. Die ganze staatliche Tätigkeit bestand nun darin, von der deutschen Finanzoligarchie angestrebten Kampf um die Neuverteilung der Erde vorzubereiten und durchzuführen. Das zweite Beispiel sind die USA, die auch in dieser Hinsicht das Erbe Hitlers angetreten haben. Wir sehen dort eine enge Verflechtung zwischen den führenden Staatsfunktionen und den großen kapitalistischen Trusts und Konzernen. Von 125 Posten, die Truman in der Zeit von 1946 bis 1948 in den oberen Staatsfunktionen zu besetzen hatte, wurden 66 mit Finanziers, Industriellen und Syndizis von Kapitalgesellschaften, 31 mit Generalen und Admiralen besetzt, also mit Leuten, die unmittelbar mit der Durchführung der expansionistischen und aggressiven Ziele des amerikanischen Finanzkapitals beschäftigt sind.

Der parasitäre Kapitalismus hat die Tendenz zur Stagnation, zur Hemmung und zur Verhinderung des technischen Fortschritts. Ausdruck dafür sind die fünf Jahre nach Beendigung des Waffenstillstandes gegenwärtig in Westdeutschland vorgenommenen Demontagen, die Vernichtung gesellschaftlicher Produktivkräfte, nur um den Monopolen einen entsprechenden Absatz zu sichern. Ein zweites Merkmal für den Parasitismus sind die Rentner, die Rentnerschichten und die Rentnerstaaten, Leute, die keinerlei gesellschaftliche Funktion mehr ausüben, eine Schicht von Schmarotzern, die vom gesellschaftlichen Mehrprodukt zehrt. Durch den bereits erwähnten gewaltigen Kapitalexport entstehen aber auch Rentnerstaaten, in denen z. B. die Zahl der nicht produktiv arbeitenden Menschen wächst. Lenin prägte für den Kapitalexport das Wort: Kapitalexport ist zum Quadrat erhobener Parasitismus.

Ein anderer parasitärer Zug des Imperialismus ist die in ungeheuerem Ausmaß erfolgende Verschleuderung gesellschaftlicher Produktivkräfte für den Krieg, für seine Vorbereitung und Durchführung. So stiegen zum Beispiel in den Vereinigten Staaten von Amerika die Ausgaben für Kriegszwecke von einer Milliarde im Jahre 1939 auf 22 Milliarden im Jahre 1950. Die amerikanische Finanzoligarchie hofft, daß sich diese Ausgaben einmal rentieren und zur Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus führen werden.

Der sterbende Kapitalismus bedeutet nicht daß er von allein abstirbt. Er muß gestürzt werden und wird gestürzt. Der Imperialismus ist die Epoche der proletarischen Revolutionen, die Epoche des unmittelbaren Übergangs zum Sozialismus. Schon 1915 schrieb Lenin, daß die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus ist, das grundlegende Entwicklungs-Gesetz des Imperialismus, das besonders von Stalin entwickelt wurde. Er wies darauf hin, daß die Welt unter den imperialistischen Großmächten aufgeteilt ist, daß eine Angleichung des Niveaus der einzelnen kapitalistischen Länder durch sprunghaftes Einholen und Ueberholen der fortschrittlichen Länder erfolgt, daß die Verteilung der Einflußsphären ständig in Gegensatz gerät zu dem neuen Kräfteverhältnis. Die Folge davon ist natürlich, daß dann der heranwachsende kräftige Räuber mit aller Energie die Frage einer Neuverteilung auf die Tagesordnung setzt, daß also imperialistische Kriege ausbrechen.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus hat durch den zweiten Weltkrieg eine ungeheure Verschärfung erfahren. Brach nach dem ersten Weltkrieg nur das alte zaristische Rußland aus dem Machtbereich des Imperialismus heraus, sind es heute schon gewaltige Gebiete der Erde, die Volksdemokratien Europas und jetzt die gewaltige chinesische Volksdemokratie. Und wir dürfen auch unsere Deutsche Demokratische Republik zu den Ländern rechnen, die endgültig aus diesem Machtbereich des Imperialismus ausgebrochen sind. Der zweite Weltkrieg brachte eine Verschärfung der imperialistischen Gegensätze, besonders zwischen den USA und Großbritannien, er brachte eine

Verschärfung des Klassenkampfes in allen kapitalistischen Ländern. Das ist nichts weiter als der Ausdruck der Tatsache, daß der Kapitalismus eben nicht länger bestehen kann. Das wichtigste Merkmal der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist die Tatsache, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ein organisiertes Friedenslager entstanden ist, das fast eine Milliarde Menschen umfaßt und das ständig wächst, ständig stärker wird, während das Lager des Imperialismus und der Kriegshetze ständig an Kraft verliert.

Das politische Gesicht des Imperialismus
Je mehr der Kapitalismus sich entwickelte, umso mehr bewahrheitete sich das Wort von Karl Marx, daß die Bourgeoisie ihre alten Losungen „Liberté, Egalité, Fraternité“ eintauchte gegen die realen Losungen „Infanterie, Artillerie und Kavallerie“. Lenin sagte, das Finanzkapital strebt nicht nach Freiheit, sondern nach Herrschaft und politische Reaktion auf der ganzen Linie ist eine Eigenschaft des Imperialismus. Mit der Zuspitzung der Klassegegensätze, mit dem Hegerreifen der revolutionären Krise werden die kapitalistischen Länder unweigerlich vor die Alternative gestellt: entweder Uebergang zu den faschistischen Herrschaftsmethoden oder Uebergang zur Herrschaft der Arbeiterklasse!

Lenin bezeichnete als das Wesen des Imperialismus die Einteilung in Unterdrückende und Unterdrückte. Deutschland ist heute aus der Handvoll unterdrückender Großmächte nicht nur ausgeschieden, sondern der Westen Deutschlands wird heute selbst national unterdrückt. Und weil in dieser nationalen Unterdrückung durch den amerikanischen Imperialismus Deutschland eine besondere Rolle spielt, darum kommt dem ganzen deutschen Volke auch eine besondere Aufgabe zu in dem großen, weltweiten nationalen Befreiungskampf, der heute in der ganzen Welt gegen den amerikanischen Imperialismus geführt wird. Das heißt, die Nationale Front des demokratischen Deutschlands spielt eine außerordentliche Rolle nicht nur für die deutsche Frage allein, sondern im Kampf gegen den Weltunterdrücker, im Kampfe um die nationale Befreiung aller Völker überhaupt.

Heimkehrer-Ausschuß Karlsruhe begrüßt Landesriedenskongreß

Der Heimkehrer-Ausschuß Karlsruhe hat in seiner Sitzung vom 13. 4. von dem Landesriedenskongreß in Stuttgart mit großer Genugung Kenntnis genommen.

Wir begrüßen alle Bestrebungen, die dem Frieden dienen, im Namen unserer überparteilichen Heimkehrerorganisation und hoffen, daß Ihre Bestrebungen für den Frieden vollen Erfolg haben und damit den Kriegstreibern das Handwerk endgültig gelegt wird.

Wir nehmen an, daß auch in Karlsruhe in der nächsten Zeit Friedenskundgebungen zur Durchführung kommen und wir können jetzt schon versichern, daß wir uns bei rechtzeitiger Benachrichtigung, zahlreich daran beteiligen.

gez. Dr. Erich Walther,
1. Vorsitzender.

Fach- und Weiterbildungskurse an der Gewerbeschule II Mannheim.

Wespstraße 21-25

Mannheim. Im Sommerhalbjahr 1950 werden folgende Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung II Teil (Fachtechnische Lehrfächer) durchgeführt:

Bauhandwerk: (Stein) Maurer und verwandte Berufe; (Holz) Bau- und Möbelschreiner, Glaser und verwandte Berufe; (Metall) Bau- und Kunstschlosser und verwandte Berufe.

Schmückende Berufe: Maler, Lackierer und verwandte Berufe.
Bekleidung: Schneider, Schneiderinnen, Modistinnen, Putzmacherinnen und verwandte Berufe.

Neben diesen Hauptkursen finden auch Vorkurse für Teilnehmer ohne Geselleprüfung für die Vorbereitung zur Gesellen- und Meisterprüfung statt.

Außerdem werden nachstehende Fachkurse eingerichtet:

Fachkurse zur Umschulung in das Bauhandwerk, über Algebra und Rechenschieberechnen, für Fachzeichnen und Kalkülrechnen (Bau- und Möbelschreiner und Glaser), für Schriftsetzer und Buchdrucker, für Graphiker und Retuscheure, für Goldschmiede und Graveure, für gegenständliches und figürliches Zeichnen und Malen in verschiedenen Techniken, pflanzliche Naturstudien, ornamentales und kunsthandwerkliches Entwerfen, Werbegravüre, Schrift, konstruktive Perspektive, Farblehre, für dekoratives Malen in den verschiedenen Techniken, Entwerfen und Ausführung (farbige Raumgestaltung), für Kopf- und Aktzeichnen, mit praktischen Übungen über Holzstriche, Marmor, Goldarbeiten usw.

Die Anmeldungen zu obigen Abendkursen finden am Mittwoch, dem 26. April 1950, um 18 Uhr in der Gewerbeschule II statt.

Die Direktion.

Offenes Forum des VdH

Der Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Mannheim veranstaltet am Mittwoch, dem 19. 4. 1950 um 20 Uhr in der Aula der Wirtschaftshochschule (Lessingstraße), Gutenbergstr. 15. ein Offenes Forum. Vertreter der Stadt, Landesversicherung, Arbeitsamt und der Parteien antworten auf Fragen der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen. Eintritt ist frei!

Gründungsversammlung des VdH in Sandhofen

Mannheim. Der VdH Mannheim, Ortsverband Sandhofen, führt am Freitag, dem 21. April, um 20 Uhr im Lokal „Prinz Max“ in Sandhofen seine Gründungsversammlung durch. Alle Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen von Sandhofen, Scharhof, Blumenau und Umgebung, sind dazu herzlich eingeladen.

An alle Behördenangestellten!

Mannheim. Am Donnerstag, den 20. April 1950, um 16.45 Uhr, spricht im oberen Saal des Städtischen Rosengartens der Leiter des Angestellten-Sekretariats im Verbandsverband, Kollege Langhans, über das Thema: „Der Behördenangestellte im Kampf um seine Existenz“.

Gewerkschaft öffentlicher Dienste
Transport und Verkehr Mannheim.

Polizeistreiflichter

Amerikaner schlugen den Wirt nieder Mannheim. Zwei amerikanische Soldaten gerieten in einer Wirtschaft in Seckenheim, Zähringerstraße, mit einigen Gästen in Streit, in dessen Verlauf einer der Gäste zu Boden geworfen wurde. Der Aufforderung des Wirts, das Lokal zu verlassen, leisteten die Soldaten Folge, um jedoch bald darauf zu siebt wieder zu erscheinen. Während sich einige Soldaten an den Türen aufstellten, schlugen zwei auf den Wirt ein. Danach verließen die Soldaten die Wirtschaft.

Der Freund im Kleiderschrank

Mannheim. Ein aus einem Erziehungsheim ausservissener 19 Jahre alter Bursche trat als Freund einer 22 Jahre älteren Frau auf und nahm mit deren Zustimmung zweifelnde Mädchen und ihre Freunde gegen entsprechendes Entgelt in ihre Wohnung auf. Als die Polizei zum ersten Mal in der Wohnung erschien, versteckte die Frau ihren Freund im Kleiderschrank, doch beim zweiten Besuch war um ihn geschehen. Dieses Mal suchte er im Keller Zuflucht, doch nach Aufbrechen der Keller-Tür wurde er festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert. Etwa 1000 DM hat der ausservissene Fürsorgerzögling eingekesselt und diese in Gemeinschaft mit seiner Freundin restlos ausgegeben.

Wer waren die Bestohlenen?

Mannheim. Von der hiesigen Kriminalpolizei wurden 1 Aktenstapel, 1 Hirschfänger, 1 elektrischer Kochherd und Teile einer elektrischen Spielzeugeisenbahn sichergestellt. Sämtliche Gegenstände wurden in der Zeit von Oktober bis Dezember 1949 aus parkenden Personenwagen am Theodor-Kutzer-Ufer, Parkhotel und Palmgarten-Brücker entwendet. Des weiteren besitzt die Kriminalpolizei eine Herrenarmbanduhr, die vermutlich im Frühjahr 1949 bei einer Schlägerei im Volkshaus in Mannheim-Neckarau abhanden gekommen ist. Die geschädigten Eigentümer werden gebeten, sich sofort mit der Kriminalpolizei Mannheim, L. 6. 1, Zimmer 130a, in Verbindung zu setzen.

Warum sind Lohnerhöhungen notwendig?

Seit Jahren steigen die Preise für die Güter des Massenkonsums ununterbrochen an. Das wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften hat diese Tatsache mit interessanten Einzelheiten untermauert. Verglichen mit dem Index von 1938 liegen die Preise der wesentlichen Bedarfsgüter bei 180, d. h., sie sind fast aufs Doppelte gestiegen.

Brot, das früher pro Kilo 32 Pig. kostete, kostet heute 50 Pig. pro Kilo. Butter, deren Preis früher zwischen 3,20 und 4,— Mark pro Kilo schwankte, kostet heute bereits etwa 6,— Mark. Der Zucker ist von —30 auf 1,20 Mark pro Kilo gestiegen. Teilwaren verschiedenster Art kosten ebenfalls die Hälfte mehr als früher. Für Fleisch- und Wurstwaren bezahlt man mehr als das Doppelte von 1938. Die Produkte der Textil- und Bekleidungsindustrie haben durchweg eine Preissteigerung von über 100 Prozent zu verzeichnen. Hemden, die früher 6—5 Mark kosteten, sind heute nicht unter 15—25 Mark zu bekommen. Ein Anzug, dessen Preis früher bei 120 Mark lag, kostet heute mindestens 250 Mark. Dasselbe ist bei allen anderen Gütern des täglichen Bedarfs festzustellen. Erkennt sei nur an die Preise für Schuhe,

Textilien aller Art, Obst, Gemüse usw.

Dagegen haben sich die Löhne im wesentlichen überhaupt nicht erhöht. In manchen Industriezweigen liegen sie sogar bereits unter dem Index von 1938. Dabei ist der Ausbeutungsgrad durch die Rationalisierungsbestrebungen unerhört gestiegen. Der Leistungsdurchschnitt des einzelnen Arbeiters ist in den letzten vier Jahren bei gleichbleibenden Löhnen um schätzungsweise 40 Prozent gestiegen.

Mit den Preisen sind die Profite der Unternehmer gestiegen. Das wirtschaftswissenschaftliche Institut stellt fest, daß nach den Erhebungen, die es angestellt hat, die Bruttogewinne der Industrie jetzt dreimal so hoch sind wie 1938. Allein für Investitionen im Jahr 1949 wandte die westzonale Industrie 4,5 Milliarden aus eigenen Mitteln auf.

Voraussetzung für das Heranwachsen solcher Riesensummen war das Herabdrücken des Reallohns unter das Existenzminimum, wobei sich die Unternehmer in erster Linie rigoroser Preissteigerungen bedienten.

Viele Arbeiter versuchen heute noch, das Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen durch Überzeitarbeit auszugleichen. Diesen Raubbau an ihrer Arbeitskraft werden sie

bald sehr bitter zu spüren bekommen. Nicht umsonst schafft sich der Kapitalismus eine Millionenerarmee von Arbeitslosen, aus der er laufend frischen Ersatz für die durch verkürzte Ausbeutung vorzeitig ihrer vollen Leistungsfähigkeit beraubten Arbeiter bezieht.

Die Frage der Erhaltung der Arbeitskraft steht in gleicher Schärfe für alle Arbeiter. Es geht bei den Lohnforderungen der Metallarbeiter in Württemberg-Baden nicht allein um ein „gerechteres“ Verhältnis zwischen Unternehmervorteil und Lohn. Es geht eben um das größere Stück Wurst, doch nicht der Wurst allein zuliebe, sondern wegen der Notwendigkeit, den von den Unternehmern versuchten Raubbau an der Arbeitskraft zu verhindern.

Die Lohnforderungen der Metallarbeiter sind ein Akt der Selbsterhaltung. Die Einkämpfung höherer Löhne ist zur Erhaltung des einzigen Guts, das sie besitzen, ihrer Arbeitskraft, und damit zur Sicherung der Existenz ihrer Familien notwendig. Sie ist für die Metallarbeiter zu einer Pflicht geworden, der sie sich nicht entziehen können und deren Erfüllung sie sich und ihren Familien

(V. St.)

„Der dritte Weltkrieg muß verhindert werden!“

Öffentliche Friedenskundgebung des Stadtteils Innen-Ost — Delegierte für den Landesriedenskongreß gewählt

Karlsruhe, Dr. Hermann Klausner, Dozent an der Technischen Hochschule, der auf Einladung des „Komitees der Kämpfer für den Frieden“ sprach, erklärte auf einer Friedenskundgebung, eingangs seiner prägnanten und treffenden Ausführungen, daß dem Kampf für die Erhaltung des Friedens eine ungeheuer wichtige Bedeutung zukomme. 1945, nach der Beendigung des in der Geschichte bisher größten Massenmordes, seien viele des Glaubens gewesen, daß nunmehr eine Ära des Friedens angebrochen sei. Aber schon bald danach hätten sich immer klarer die Fronten zweier Mächtegruppen auf der weltpolitischen Ebene abgezeichnet.

Während sich die USA im westlichen Lager nach zwei Weltkriegen eine dominierende Stellung erobert hatten, scharten sich die vom faschistischen Joch befreiten Völker des Ostens um die Sowjetunion, erklärte der Redner. Auf der einen Seite stehe damit der totale Kapitalismus, dessen inneres Gesetz ihn zwingt, sich stetig auszubreiten, der, gemäß dem englischen Sprichwort, „die Flagge folgt dem Handel“, die nationalen Grenzen überschreite, und auf der anderen Seite baue sich eine junge Welt, mit einer völlig neuen Art des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Von welcher Seite drohe nun eine wirkliche Aggression? Von einem Land, welches im Frieden den Sozialismus aufbaue, oder von seiten der hochkapitalistischen Vereinigten Staaten, deren sich ständig multiplizierendes Kapital nach Expansionen schreie, fragte Dr. Klausner die Zuhörer.

Wir haben das Recht, und darüber hinaus die Pflicht, über diese Tatsachen offen zu reden; denn gerade wir haben in erster Linie die Auswirkungen zu tragen“, erklärte er weiter. Man wisse, daß der Deutsche der Propaganda sehr zugänglich sei.

Unter diesem Gesichtspunkt müsse man auch die systematische Anti-Sowjet-Hetze betrachten.

„Einst waren wir die verfluchten Deutschen“, heute will man uns zu Vortruppen des aggressiven Atlantikpaktes machen.“ Außerdem würden tausende von ehemaligen Landsoldaten in der berüchtigten Fremdenlegion ihre Haut für fremde Interessen auf den Schlachtfeldern Südostasiens zu Markte tragen. In diesen riesigen Gebieten habe der USA-Imperialismus seine wertvollsten Absatzmärkte verloren. Europa und insbesondere Westdeutschland sollten nun Objekt kolonialer Ausbeutung werden.

Als wahres Heldentum bezeichnete Dr. Klausner die Weigerung all der vielen Hohen-

fenarbeiter, die Schifftransporte amerikanischer Kriegsmaterials zu entladen. Wir selbst müssen diesen Vorbildern nachhelfen. Gelingt es uns aber nicht, die Einheit Deutschlands zu erreichen, und durch unser nutzloses Eintreten für den Weltfrieden den egoistischen Machtinteressen einer dünnen Schicht von Kapitalisten entgegenzutreten, so bedeute dies das Ende unserer Heimat. „Wir sind so stark, daß wir den Krieg verhindern können. Schützt das Vaterland und die Nation!“ rief Dr. Klausner den Versammelten abschließend zu.

Anschließend wurden aus den Reihen der Versammlung zwei Delegierte für den vom 29. bis 30. April in Stuttgart stattfindenden Landesriedenskongreß gewählt.

Mobilar wird freigegeben — warum nicht die Wohnungen?

Nach fünf Jahren läßt die Besatzungsmacht die Eigentümer feststellen

Mannheim. Nach einer Mitteilung der Stadt. Pressestelle läßt sich der Amerikaner endlich herbei, beschlagnahmte Möbel und Einrichtungsgegenstände dem Besatzungskommando zu übergeben, um die früheren Eigentümer zu ermitteln. Es handelt sich in der Hauptsache um Mobiliar und Gegenstände (Küchenschrank und Küchenherd) aus Weinheimer Wohnbezirken, dem sogenannten „Feudenheimer Sektor“, den Häusern „Sonneck“, Babenstr. 3, Roonstraße 2, dem Hermannshof, der Wachenbergstr. u. a. In der Zeit vom 17. April bis 13. Mai können täglich im Q-6-Bunker in Mannheim die Einrichtungsgegenstände besichtigt und Eigentumsansprüche geltend gemacht werden.

Volle fünf Jahre brauchte die Besatzungsmacht dazu, um wenigstens einen Teil des beschlagnahmten Hausrats wieder herauszugeben. Viele Besatzungsgeschädigte warten aber immer noch auf die Rückgabe ihres Eigentums, warten weiterhin vergeblich auf die Bezahlung der rückständigen Möbelmieten, die trotz Anweisung seitens der Amerikaner das Finanzministerium nicht begleichen will. Was aber wird mit den Hunderten von Wohnräumen allein in Mannheim, die zwar der Beschlagnahme verfallen sind, aber noch leerstehen, obwohl Tausende Mannheimer Bürger in Elendshöhlen und Bunkern einquartiert sind?

„Der dritte Mann“ kritisch beleuchtet

Mannheim. Die Filmarbeitsgemeinschaft der Mannheimer Abendakademie stellte am Sonntag-Vormittag in den Alster-Lichtspielen eine Vorführung des London-Films „Der dritte Mann“ (Produktion Korda, Regie Carol Reed) zur Diskussion. Dieser Film war einer der größten Kassenerfolge dieses Jahres und der Gegenstand mehr oder weniger tiefgründiger Betrachtungen seitens der Presse, die diesem Film hohes Lob zollte, stellenweise sich sogar vor Begeisterung überschlug.

Im zertrümmerten Wien des ersten Nachkriegsjahres treibt eine Schieberbande ihr Unwesen. Die schwarzgehaubten Penicillin durch andere chemische Ingredienzien „streckt“ und an Krankenhäuser weiterverkauft. Ein Kindersterben setzt ein, die Internationale Polizei (Wien ist Viersektorenstadt) sucht die Bande unschädlich zu machen. Hier schaltet sich ein Sensationschriftsteller aus Gotes eigenem Land ein, der seinen englischen Freund in Wien besuchen will, aber tragscherweise gerade zu dessen vermeintlicher Beerdigung kommt. Dieser englische Freund, das Haupt der Schieberbande, existiert als lebender Leichnam im unterirdischen Wien weiter, behält die Fäden des Schmuggels weiter in der Hand, während der Geliebten des Gangsters PUMLE-UMLHV trauernde Amerikaner nach dessen mutmaßlichem Mörder sucht. Nach einer Zusammenkunft des Amerikaners mit der ehemaligen Geliebten des Gangsters entdeckt er im dunklen Torbogen den vermeintlichen Toten, der spurlos in der Erde verschwunden, in seinen Schlupfwinkel in den unterirdischen Abflutkanälen Wiens. Der Amerikaner, durch einen Major des englischen Geheimdienstes von der Schlichtheit seines Freundes, welcher sogar seine Geliebte wegen Paßvergehens eigenhändig der internationalen Polizei denunziert, um sie loszuwerden, nunmehr endgültig überzeugt, dient der Polizei als Lockspitzel und schießt selbst den ehemaligen Schulkameraden nieder.

Wo ist hier eine Substanz, ein ethischer Wert, abgesehen von dem Plus einer filmisch sehr gekonnten Reportage mit kriminalistischen Einschlag und sarkastischen Streiflichtern auf das Wiener Elend? Für die westlichen Produzenten und ihre Hintermänner ganz bestimmt in der ideologischen Beeinflussung der breiten Masse der Kinobesucher durch jene raffiniert angebrachte, kaum merkbare Tendenz gegen die russische Besatzungsmacht, die sich für das Verbrechen nicht, aber um so mehr für die illegale Tschechin (warum illegal?) Anna Schmitt, die Geliebte des Gangsters und ihren Paß interessiert, diese durch einen robust gezeichneten russischen Militär-Polizisten verhaften läßt, während die Polizisten der Westmächte sich ihr gegenüber an Galanterien überließen (der Franzose überreicht ihr sogar zartfühlend ihren Lippenstift), um damit zu demonstrieren, wie bedauernswert doch dieses unglückselige Opfer ist, das doch sicher irgendwo in der sibirischen Taiga verschwunden wird. Sehr „dezent“ angebracht, aber

angeregten steuerlichen Erleichterungen zu berücksichtigen.

In der Verfügung des bayerischen Finanzministers ist unter anderem bestimmt, daß Werke lebender Künstler, die zur Ausschmückung von Betriebsräumen dienen, im Jahre der Anschaffung voll abgeschrieben werden können, sofern die Anschaffungskosten des einzelnen Kunstwerks 500 DM nicht übersteigen.

Nationaltheater Mannheim

Das Büro des Nationaltheaters teilt mit: Der bisherige Oberspielleiter des Staatstheaters Stuttgart, Paul Riedy, wurde von Intendant Payer als Schauspielregisseur an das Nationaltheater Mannheim verpflichtet. Es wurden außerdem noch folgende Neuverpflichtungen vorgenommen: Elisabeth Hörbarth als erste Heldin und Rainer von Geldern von den Städtischen Bühnen Köln als erster Held und erster Bonivant, Walter Schwarz vom Hamburger Schauspielhaus für das Fach der jugendlichen Heldenrollen.

Neuverpflichtungen am Nationaltheater Mannheim

Mannheim. Das Mannheimer Nationaltheater hat für die neue Spielzeit eine Reihe von auswärtigen Künstlern neu verpflichtet. Als erste Heldin und erste Salondame wird Elisabeth Hörbarth von den Hamburger Kammerspielen tätig sein. Die Künstlerin wurde besonders durch den Film „Die Sonnhöflein“, in dem sie die Hauptrolle spielte, bekannt. Zuvor war sie vier Jahre am Wiener Burgtheater tätig, Hans Ernst Jäger, der durch seine Gastspieltätigkeit in Baden-Baden, Freiburg und Heidelberg bekannt geworden ist, wird ebenfalls dem neuen Ensemble angehören. Als erster Held wurde Rainer von Geldern, der von den Städtischen Bühnen Köln kommt, engagiert. Außerdem wird Walter Schwarz vom Hamburger Schauspielhaus als jugendlicher Held zur Verfügung stehen.

Steuererleichterung zugunsten notleidender Künstler

Stuttgart (IwB). Der Bund der Steuerzahler hatte die Landesfinanzverwaltung vor einiger Zeit gebeten, eine Regelung, die der bayerische Finanzminister verfügt hatte, und nach der beim Ankauf von Werken lebender Künstler unter gewissen Voraussetzungen die aufgewendeten Beträge bis zu DM 500 angeschrieben oder als Sonderausgaben abgesetzt werden können, auch für den Bezirk zu übernehmen. Das Landesfinanzamt Württemberg hat daraufhin dem „Bund der Steuerzahler“ für Württemberg-Baden mitgeteilt, daß es alle Finanzämter angewiesen habe, die in der Eingabe

Er wollte nach dem Osten abbrechen ...

... und ging dabei aufs Glatteis Mannheim. Als einen rücksichtslosen, eiskalt berechnenden Verbrecher, bezeichnete der Staatsanwalt den wegen Diebstahls, Unterschlagung, Betrugs i. R., Untreue, Urkundenfälschung, falscher Anschuldigung und Zuhälterei Angeklagten. Lang wie das Register seiner Anklagen war auch das seiner Vorstrafen.

Er stand zum 10. Male vor Gericht und hatte bereits drei Jahre Zuchthaus verbüßt. Im Jahre 1946 hatte er eine Protiverteilung aus Köln kennengelernt, mit der er in der Folge ein Verhältnis unterhielt. Dabei äußerte er die Absicht, seine Geliebte zu heiraten. Nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe schickte er sich an, diesen Vorsatz in die Tat umzusetzen. Er verlobte sich und ließ sich ca. 700 DM von seiner Braut auszuhändigen, um damit angeblich Anschaffungen für den zu gründenden Hausstand vorzunehmen. Doch bekam er Krach mit seiner Zukünftigen, das Verhältnis löste sich auf, wobei ein Teil des Geldes für die Aussteuer in den Händen des gewieften Bräutigams hingab blieb. Allerdings war auch die weibliche Hälfte des einstigen Brautpaares an dem Konsum dieser finanziellen Mittel beteiligt gewesen, sodaß das Gericht davon absah, den Angeklagten in diesem Punkte schuldig zu sprechen. Auch in punkto eines Scheckbetrugs mußte die Anklage fallen gelassen werden. Nachzuweisen waren ihm jedoch ein Diebstahl von Schmuckgegenständen und eines Sparkassenbuches im Werte von 900 DM sowie ein Fall von Veruntreuung. Als eine ausgesprochene schone Handlungsweise sei, wie der Richter zum Ausdruck brachte, anzusehen, daß er die Unterschrift seiner Mutter, die keineswegs auf Rosen gebettet war, fälschte und sich damit 200 DM auf der Bank auszahlen ließ. Um den Verdacht des von ihm begangenen schweren Diebstahls von sich abzulenken, denunzierte er einen polnischen Landarbeiter. Dann wurde ihm der Boden unter den Füßen zu heiß und er floh in die damalige Ostzone. Doch er hatte sich damit bis in die Finger geschnitten. Dort war man keineswegs bereit, sie auszuweichen (wie dies höchstens bei umgekehrter Reiseroute hätte der Fall sein können) mit offenen Armen zu empfangen. Flugs packte man ihn beim Schlaftrinken und beförderte ihn per Expreß zurück nach Mannheim. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren und 6 Monaten Gefängnis.

Den Mund zu voll genommen

In einer Mannheimer Hafenkeipe war ein 58jähriger Schiffsheizer an Land gegangen, um unter anderem ein großes Schmeißel und ein großes Rippen zu verzehren. Zu allem Überflusse wollte er den Gästen noch damit imponieren, daß er eine Cervelatwurst in einem Stück verschlucken wollte. Das ist ihm dann übel bekommen. Er bekam einen roten Kopf und fiel tot vom Stuhl. Bei der Sektion seiner Leiche stellte sich heraus, daß der Schiffer an der Cervelatwurst erstickt war. (Nach IwB.)

Kellerbrand in Käferal

Mannheim. In dem Kellerraum eines Lebensmittelgeschäftes in Käferal geriet aus noch nicht bekannter Ursache ein Stapel leerer Jutesäcke in Brand, der von der sofort erschienenen Berufsfeuerwehr gelöscht wurde. Infolge des Brandes sind Lebensmittel im Werte von rund 300—400 DM unbrauchbar geworden.

Ein Unheil bringendes Vehikel

Mannheim. Bei dem Anhänger eines durch die Obere Riedstraße in Käferal fahrenden Lastkraftwagens brach während der Fahrt ein Teil des aufgebauten Gestells für die Wagenplane ab, so daß dieses lose herunterfiel, ohne daß dies vom Fahrer bemerkt wurde. Ein Angehöriger der Polizeireiterstaffel wurde dabei am Arm verletzt, während ein Radfahrer vom Rad gerissen wurde und sich Verletzungen am Kopf und im Gesicht zuzog.

Leichenfund

Mannheim. Die aus dem Beilenkrappen geländete weibliche Leiche konnte inzwischen als die einer 55 Jahre alten und verheirateten Frau aus Ludwigshafen a. Rh. festgestellt werden. Nach dem vorläufigen Ermittlungen war die aus dem Leben Geschiedene herz- und nervenleidend, so daß dies wohl die Ursache zu ihrer Selbsttötung gewesen sein dürfte.

Verkehrsunfall. Auf der Kreuzung der Markgraf- und Kreuzstraße stießen zwei Personenkraftwagen zusammen. Hierbei erlitt der Führer des einen Wagens Schnitt- und Schürfwunden im Gesicht, so daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Beide Fahrzeuge wurden erheblich beschädigt.

Industrieverbände Hockenheim wählen Vorstand

Hockenheim. Im Gewerkschaftshaus fanden sich die Delegierten der Industrieverbände des Hockheimer Gewerkschaftskartells zu einer Generalsammlung zusammen.

Der 2. Vorsitzende, der die Sitzung eröffnete, befaßte sich zunächst eingehend mit der Frage: Was geschieht mit den Beiträgen für den Gewerkschaftsbund? Diese nur allzu oft auftauchende Frage gäbe Anlaß, auf die durch die Ortsverwaltung bisher getätigten verschiedenen gearteten Leistungen hinzuweisen. Danach wurden 8000 DM Unterstützungsgelder für bedürftige Mitglieder bezahlt. Als ein besonderes Verdienst ist es zu werten, daß seit der Währungsreform über 6000 DM rückständige Arbeitslöhne hereingekehrt werden konnten. Ein Steuerbeitrag von 200 DM wurde allen Hinterbliebenen der vor 1933 organisierten Mitglieder ausbezahlt. Neben der Erteilung von über 1284 Auskünften seien 384 Schriftstücke bearbeitet worden.

Bei der Senkung der Tabaksteuer hätte die Gewerkschaft nicht zu unterschätzende Erfolge erzielen können. Ebenso sei die erfreuliche Initiative von gewerkschaftlicher Seite bei der Gewährung von Kurzarbeiterunterstützungen an Tabakarbeiter nicht unbekannt. Tarifverhandlungen mit allen Industriezweigen seien mit eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften.

Besondere Sorgfalt widmete der Referent

der Jugendfrage. Er verwies dabei auf die bedauerliche Tatsache, daß für 350 000 Schülern in der britischen Zone nur 150 000 Lehrstellen vorhanden seien. Die Gewerkschaften würden sich aus diesem Grunde bemühen, eigene Lehrlingsheime zu errichten, in denen besonders der handwerkliche Nachwuchs gefördert würde.

Es wurde davor gewarnt, die Gewerkschaft als Unterstützungsverein zu betrachten. Die Gewerkschaft sei in erster Linie eine Kampforganisation zur Verfechtung der Interessen der Arbeitnehmer. Auch den Arbeitern aus der Tabakindustrie, die höchstwahrscheinlich nach Auffüllung der Lager auf die Straße gesetzt werden, würde die volle Unterstützung der Gewerkschaft gewährt werden.

Nach der Neuwahl der Ortsverwaltung befaßte sich der neu gewählte Vorstand eingehend mit der kommenden Mai-Feier. In allen Betrieben werden rechtzeitig Betriebsversammlungen zum 1. Mai abgehalten. Überall werden Mapplaketten zum Preis von 0,20 DM verkauft. Die Mapplakette findet bei gutem Wetter auf dem Platz vor dem Gewerkschaftshaus, bei Regen im Saal desselben statt.

Zum Schluß der Mitgliederversammlung setzte sich der 2. Vorsitzende noch mit den seltensamen Ansichten und Auffassungen der beiden Bundesvorstände Schleicher und Kleinknecht anlässlich ihrer Besichtigung des Gewerkschaftshauses auseinander.

Ich werde Journalist

Von Mark Twain

Ich ging hinauf nach Virginia, um meine neue Stellung anzutreten. Für einen Lokalredakteur sah ich recht ruppig aus, das gesteh ich offen; ohne Rock, mit Schlapphut und blauem Wollhemd, die Hosen in den Stiefeln, mit einem Bart, der mir über die halbe Brust herunterhing, und dem üblichen Matrosenrevolver am Gürtel. Doch verschaffte ich mir einen christlicheren Anzug und gab meinem Revolver den Abschied. Ich hatte niemals Gelegenheit gehabt, jemanden totzuschießen, verspürte auch kein solches, mörderisches Gelüst; nur aus Rücksicht auf die allgemeine Anschauung hatte ich das Ding getragen, um nicht unangenehm aufzufallen und zu Bemerkungen Anlaß zu geben. Zu meiner Überraschung bemerkte ich jedoch, daß die anderen Redakteure sowie sämtliche Setzer und Drucker Revolver trugen. Ich bat den Chefredakteur und Eigentümer des Blattes, Herrn Goodman, um einige Anweisungen betreffs meiner Pflichten, worauf er mir sagte, ich solle nur durch die ganze Stadt gehen und allerhand Leute über alles mögliche ausfragen, mir die erhaltenen Auskunft notieren und sie dann ausführlicher zur Veröffentlichung niederschreiben.

Nie werde ich die Erfahrungen vergessen, die ich an meinem ersten Tage als Berichterstatter machte. Ich wanderte durch die ganze Stadt, fragte alle Welt, bohnte jedermann an, und kein Mensch wußte etwas. Nach fünf Stunden war mein Notizbuch noch immer leer. Ich sprach mit Herrn Goodman darüber. Dieser meinte: „Ihr Vorgänger Dan pflegte in der Sauregurkenzeit, wenns sonst nichts gab, aus den Heuwagen Kapital zu schlagen. Sind keine Heuwagen vom Feld hereingekommen? Sind welche da, so können Sie von wiederaufgekauften Tüchtigkeit im Heugeschäft sprechen. Das ist zwar nicht besonders aufregend, aber es hilft doch das Blatt füllen und sieht geschäftsmäßig aus.“

Ich durchstreifte die Stadt nochmals und stöberte einen einzigen, elenden, alten Heuwagen auf, der sich langsam vom Felde hereinbewegte. Aber ich wußte ihn zu frukifizieren; ich multiplizierte ihn mit sechzehn, ließ ihn aus sechzehn verschiedenen Richtungen her in die Stadt fahren, machte sechzehn besondere Artikelchen über ihn und schlug einen Lärm über das Heu, wie er in Virginia City noch nie erlebt worden war.

Das war ermutigend. Ich hatte zwei Spalten Nonpareille zu füllen und kam damit ganz nett vorwärts. Gerade als der Stoff wieder zur Neige ging, brachte ein Raufbold in einer Schnapsbude einen Mann um, und abermals kehrte Freude bei mir ein. Niemand in meinem Leben war ich wegen einer Bagatelle wie dieser so vergnügt gewesen. Ich sagte zu dem Mörder: „Mein Herr, Sie sind mir ein Fremder, aber Sie haben mir

heute einen Gefallen getan, den ich Ihnen nie vergessen werde. Wenn ganze Jahre von Dankbarkeit Ihnen einen Ersatz bieten können — sie soll Ihnen zuteil werden. Ich war in Not, und Sie haben mir zur rechten Zeit edelmütig herausgeholfen, als alles dunkel und öde aussah. Zählen Sie mich fortan zu Ihren Freunden, denn ich bin nicht der Mann der eine Gefälligkeit vergißt.“

Wenn ich das alles nicht zu ihm sagte, so empfand ich doch wenigstens das Verlangen danach. Ich berichtete über die Mordtat mit einem wahren Heißhunger auf interessante Einzelheiten, und als ich zu Ende war, behauptete ich nur, daß man nicht meinen Wührtäter auf der Stelle gehenkt hatte; ich würde ihn gern noch verarbeitet haben.

Sodann entdeckte ich noch ein paar Wagen mit Auswanderern, die sich eben anschickten, auf der Plaza ein Lager zu bilden, und von denen ich erfuhr, daß sie vor kurzem durch feindliches Indianergebiet gekommen und dabei ziemlich übel gefahren waren. Ich machte aus dieser Nachricht alles, was die Umstände erlaubten; wäre ich nicht durch

die Anwesenheit der Berichterstatter anderer Blätter in strengen Grenzen gehalten gewesen, so würde ich zweifelsohne den Artikel durch einige Zusätze noch viel interessanter gemacht haben. Einen Wagen fand ich jedoch, der nach Kalifornien weiterging, und zog bei dessen Besitzer geschickte Erkundigungen ein. Als ich aus seinen kurzen mürrischen Antworten auf meine Kreuz- und Querfragen ersehen hatte, daß er ganz bestimmt abfahren und am nächsten Tag nicht mehr in der Stadt sein würde, folglich keinen Lärm schlagen konnte, lief ich den anderen Zeitungen den Rang ab, indem ich mir sein Personenverzeichnis abschrieb und seine ganze Gesellschaft unter den Toten und Verwunden auflistete. Da ich mich in diesem Falle nicht zu beschränken brauchte, ließ ich den Wagen einen Kampf mit Indianern bestehen, der bis auf den heutigen Tag nicht seinesgleichen hat.

Meine beiden Spalten waren damit gefüllt; als ich sie am Morgen durchlas, fühlte ich, daß ich endlich meinen Beruf gefunden hatte.

Wir können nicht länger warten | Von Arnold Zweig

Wir haben früher gelernt, daß der Krieg der Vater aller Dinge ist und wir haben die Erfahrung machen dürfen, daß der Krieg der Vater aller Zerstörung ist.

Wir müssen hinter die Gedankenwelt, die in den vergangenen Generationen und vor allem unter dem Einfluß des Militäradels und seiner wirtschaftlichen Hintermänner unter der Menschheit gebracht worden ist, einen Strich ziehen und sagen: Was immer gesagt worden ist, um den Krieg zu verherrlichen, was die Kampfpapier einer herrschenden Klasse gegen eine außerordentlich große beherrschte Schicht.

Wir wollen eine friedliche, aufbauende, schöpferische Arbeit leisten, wir Völker auf der Erde. Und das deutsche Volk hat wirklich allen Grund, den Kriegstreibern zu sagen: diesmal bitte ohne uns! Aber es soll das nicht nur sagen, sondern auch wissen, daß kein Eisenbahnbahnzug rollen darf oder kein Bergmann seine Hacke benutzen darf, um Materialien,

die für den Krieg sein sollen, zu befördern, so wie unsere schottischen Kameraden uns in Paris haben versichern lassen: Es gibt eine Abwehr des Krieges. Die besteht nicht nur darin, daß wir „Frieden“ sagen, sondern, daß wir alles unterlassen, was die Unterbrechung des Friedens durch den Krieg begünstigen könnte. Darum sind Resolutionen, die gefaßt werden, erst dann etwas wert, wenn hinter ihnen der geschlossene Wille aller von uns steht, lieber unterzugehen, als weiterhin in den Trott der politischen Marschiererei hineinzugeraten. Es bleibt uns gar keine Wahl. Wir können gar nicht weiterleben, wenn es einen neuen Krieg gibt, wo immer wir auch stehen, an welcher Stelle der Erde wir sind. Die Möglichkeit, daß uns die Vernichtung früher oder später erreicht, oder daß alles, was wir für lebenswert halten, vernichtet ist und wir auf einem jammervollen und widerlichen Scherbenhaufen übrigbleiben, ist bei den heutigen Mitteln der Zerstörungskunst außerordentlich groß.

Unser Frühling | Von Ilja Ehrenburg

Es liegt etwas Herzerhebendes in der bebenden Schärfe der Frühlingsluft, in der Zartheit des jungen Grüns, in den lichten Regenschauern, in der jugendlichen Hitzigkeit des frühen Donners, in den ersten Blumen — leuchtenden Anemonen oder bescheidenen Schneeglöckchen des Moskauer Waldes. Es ist nicht verwunderlich, daß in fernen Zeiten, als die Menschen noch nicht die Möglichkeit erkannt hatten, ihr drückendes Dasein zu ändern, sie den Frühlingsanfang mit Mythen von jenseitigem Glück umgaben — nicht verwunderlich, daß an der Schwelle einer neuen Zeit die Menschen der Arbeit, entschlossen, für eine bessere Zukunft zu kämpfen, den ersten Tag des wirklichen Frühlingsmonats, den 1. Mai, zu ihrem Feiertag erwählten.

Der Frühling verkörpert gleichsam den Sieg des Lebens, und am 1. Mai freuen wir uns nicht nur über den Frühling in der Natur, sondern auch über den Frühling der Menschheit. Grüne Schößlinge, Schneeglöckchen, Ankunft der Vögel gab es auch vor vielen Jahrtausenden, als die Menschen noch in Höhlen wohnten und sich vor einem Rascheln, einer Wolke, vor dem bösen Blick fürchteten. Lang und zuweilen recht gewunden ist der Weg der Menschheit zum Glück, aber welcher Verblendete könnte die Bedeutung des Zurückgelegten leugnen? Behutsam, liebevoll betrachten wir einen Kameraden, ein Mädchen im Park, die Kinder. Wieviel Herzensreichtum liegt in diesen Augen, in den grauen, blauen, braunen und schwarzen — Welch ein Schatz ist in dem Gefäß beschlossen, das die Anatomen Schädelhöhle nennen!

Die Geschichte des menschlichen Lebens ist die Geschichte eines Kampfes. Ein

Kampf kann niedrig, eigensüchtig, grausam sein, oder er kann zum Kampf für hohe Ideale werden — für das allgemeine Wohl, für kulturelle Werte, für die Ausrottung des Bösen. Die Faschisten behaupten, daß der Krieg die höchste Offenbarung des menschlichen Geistes sei. Ihr Kampf war nichts anderes als tierisches Streben der Menschen einer Rasse, die Menschen der anderen Rassen zu vernichten. Während sie in hellen Laboratorien neue Vernichtungsmittel erfanden, lebten sie den primitivsten Instinkten des Höhlenbewohners. Wenn man sich den Durchschnittsmenschen in einem jener Staaten ansieht, in denen die Gewinnsucht alles beherrscht, so scheint sein Leben einem einzigen Ziel geweiht: dem Nachbarn oder Mitangehörigen ein Stück des Kuchens zu entreißen. Der Vorzug der sowjetischen Gesellschaft besteht darin, daß in ihr diesem unwürdigen Kampf der Kampf gegen die natürliche Trägheit, gegen Unwissenheit und Ekel, gegen all das Dunkle, das noch im Menschen bleibt — Selbstsucht, Gleichgültigkeit, Gier, Hochmut, Kriecherei — gegenübergestellt wurde.

Unsere tiefe Friedensliebe wird von unserer Zuversicht und dem moralischen Übergewicht des von uns gewählten Weges bestimmt. Wir wissen, daß die Zeit für uns arbeitet. Wir haben weder das Bedürfnis, daß der Inhalt der Schädelhöhle mit Hilfe eines Chirurgen verringert, noch daß die Schädeldecke mit Hilfe eines Soldaten zertrümmert wird. Wir setzen auf den Triumph der Vernunft. Wir wollen unsern Willen ändern Völkern nicht aufzwingen, wir wollen ihnen mit unserer Arbeit, unserer Erfahrung, unserer Begeisterung helfen. In-

Ruth kehrt von Auschwitz heim

Leseprobe aus dem Roman „Die Jünger Jesu“ von Leonhard Frank

Die Sonne stand hoch. Es war heiß. Ruth wollte den Feldpfad hinabsteigen. Es wurde ihr schwarz vor den Augen. Sie fiel bewußtlos in die Disteln am Weg. Sie hatte in der letzten Woche nur ein paar Scheiben Brot gegessen.

Eine halbe Stunde später wurde sie gefunden, von dem elfjährigen Töchterchen der Gutsbesitzerin, das mit einem Prügel die meterhohen Disteln köpfte. Der Knecht trug sie auf den Hof.

Sie lag im Wohnzimmer auf dem Kanapee. Die Gutsbesitzerin, ein blonde, dickerliche Frau, städtisch gekleidet, erkannte sie sofort. Sie erinnerte sich, daß die zwei kleinen Freundinnen immer zusammen nur aus einem Milchglas getrunken und die Milch aus dem zweiten Glas immer nachgegossen hatten. Zuerst sah Ruth, als sie aus der Ohnmacht erwachte, die große Photographie des Gutsbesitzers, in Offiziersuniform, die auf dem Kamin stand, hinter einer Reihe grüner Äpfel. Er war in Stalingrad gefallen. Sie wurde sofort klar und erkannte, wo sie sich befand. Sie nahm die Kompressen von der Stirn und sagte: „Danke.“

Die Gutsbesitzerin wußte, daß Ruth nach Auschwitz und dann nach Warschau in ein Bordell gebracht worden war. Jeder Mensch in Würzburg wußte es. Sie führte ihr Töchterchen aus dem Zimmer und blickte dann wieder ratlos hinunter auf Ruth.

Hierbleiben kann sie jedenfalls nicht. Was weiß man? Ich gebe ihr zu essen. Sie sagte: „Ihre frühere Freundin Johanna war vor einigen Tagen hier bei mir. Sie wohnt jetzt in dem Ziegenstall auf dem Weidenland.“

Ruth hatte mit Johanna oftmals auf dem Weidenland gespielt. Sie kannte den Ziegenstall. Sie sah ihn. Ihr Blick war nicht im Zimmer, während die Gutsbesitzerin ein niedriges Tischchen, auf dem Brot, Milch und ein Ei waren, zum Kanapee rollte.

Auf dem Gutshof wohnten drei Ausgebombte, die hier für ein paar Wochen Unterkunft gefunden hatten. Sie standen neben dem Misthaufen, auf dem pickende Hühner umherstiegen. Professor Häberlein,

der an der Würzburger Universität Geschichte gelehrt hatte, schüttelte staunend den Kopf. „Kein kleines Wunder, daß sie mit dem Leben davongekommen ist.“

„Ich habe sie gut gekannt und auch den Jungen, der mit ihr verlobt war“, sagte der Instrumentenmacher Sims, ein im ganzen Land berühmter Geigenbauer. „Sie war ein besonders reizendes und rührendes Mädchen. Es ist ein entsetzliches Schicksal.“

„Was ist da so entsetzlich? Eine kleine Judenhure! Mein Gott, das kommt alle Tage vor.“

Der Geigenbauer startete den Privatier Philippi an. „Das sollte Ihnen auch auf dem Sterbebett nicht verziehen werden.“ Er ging nach Haus.

„Herr Sims ist ein bißchen übertrieben“, sagte der Geschichtsprofessor lächelnd. „Aber auch ich kann da mit Ihnen nicht übereinstimmen.“ Herr Philippi. Dieser Fall liegt denn doch anders. Schließlich ist sie ja nicht freiwillig ins Bordell gegangen. Allerdings ist die Tatsache, daß sie im Bordell war, nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Und eine Tatsache, wie immer sie zustande gekommen sein möge, hat nun einmal ihre Konsequenzen.“

Ruth ging langsam an den zwei Männern vorbei und aus dem Hof hinaus. Die Gutsbesitzerin blickte ihr vom Fenster aus nach. Ihr Blick war vor Ratlosigkeit stumpf. Sie bewegte sich nicht, bis Ruth in der Ferne hinter dem Gebüsch verschwunden war.

Der Geschichtsprofessor sagte kopfschüttelnd: „Ich kann nur nicht verstehen, daß sie nach Würzburg zurückkehrt, wo jeder sie kennt. Nicht zu verstehen.“

Leonhard Franks neuer Roman, der im Querido-Verlag erschienen und in Deutschland vom Suhrkamp-Verlag aufgelegt wurde, ist ein schonungsloses Buch. Es sagt offen und deutlich, daß sich trotz verlorenem Krieg im Westen Deutschlands nichts geändert hat. Hier wird schon wieder heimlich exzerziert und in Judenhüte gemacht. Aber es sind auch starke Gegenkräfte entstanden, und auch die gesiegt zu haben, ist das Tröstliche an dem Buch.



Eingegangene Bücher
Melpo Axioti, „Tränen und Marmor“ Halbleinen, 4,90 DM. Verlag Volk und Welt, Berlin.
Erwin Bartz, „999“, Pappband, 2,20 DM. „999“ ist der zweite Band der vom Verlag Volk und Welt herausgegebenen Reihe „Erlebt und aufgeschrieben“.
Edwin L. Mayer, „Der Gringo“, ein neuer spannender, amerikanischer Roman, herausgegeben vom Verlag Volk und Welt, Berlin. Preis des Halbleinenbandes 6,50 DM.
Der HERA-Verlag brachte drei neue Bände seiner HERA-Volksausgaben zum Preise von 2,85 DM heraus. Mit diesen Werken hat der Verlag innerhalb von zehn Monaten 15 Bände seiner Volksausgaben vorgelegt. Die Bände sind geschmackvoll in Halbleinen gebunden. Es sind: „Friedemann Bach“ von Brachvogel, „Lichtenstein“ von Hauff und „Sträflinge“ von Gerstäcker.
Preisausschreiben
der „Täglichen Rundschau“
Die Zeitung „Tägliche Rundschau“ hat einen Kurzgeschichtenwettbewerb ausgeschrieben. Alle, die sich berufen fühlen, eine Kurzgeschichte über ein Gegenwartsthema zu schreiben, werden aufgefordert, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Insgesamt 10 000 DM sind als Preise ausgesetzt.
Die Universitätsbibliothek von Warschau verfügt zur Zeit über den beachtlichen Bestand von mehr als 1,1 Millionen Büchern und Zeitschriften, sowie von 43 000 graphischen Arbeiten, 1500 Manuskripten und 780 Karten und Atlanten.



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

5. Fortsetzung

„Egej“ erwiderte Tumatuge eifertig und stürzte auf den Hundeschlitten zu, der auf einem Untergestell ruhte.

Die Burschen eilten ihm zu Hilfe. Es war ein wunderbarer Schlitten. Seine Kufen hatten die besten Meister aus Kolymanbirkenholz geschnitzt. Er war hellgrün gestrichen. Nicht der kleinste Nagel oder Bolzen stak in dem Schlitten. Alles wurde von den dauerhaftesten Riemen zusammengehalten. Deswegen war er auch aufgebockt, damit die hungerigen Hunde die Riemen nicht zergerieten. Jedes Ding in der Wirtschaft hatte seinen Platz. Alitet liebte die Ordnung.

Die Schlitten standen schon am Zelteinang. Tumatuge wickelte eine lange Leine aus Walroßleder auseinander, an dem nach Augenmaß Schlingen angebracht waren. An diese Schlingen wurden die Hunde zu zweien angebunden. Der Leithund Charlie lief auf den Schlitten zu und zog Tumatuge hinter sich her. Der große graue Hund, mit dem klugen Gesicht, der wie ein ausgewachsener

Wolf aussah, strebte selbst ins Gespann. Tumatuge hielt den Hund am Geschirr fest, war aber außerstande, seinen raschen Lauf aufzuhalten, und konnte ihm kaum folgen. Charlie lief an die Spitze der aufgerollten Riemen, blieb von selbst stehen und ließ sich auf die Hinterbeine nieder. Seine lange, rote Zunge hing ihm aus dem Rachen. Seine Augen brannten aufgeregt. Der Hund kannte seinen Platz und sah Tumatuge mit bleckenden Zähnen begierig an.

Die anderen Burschen führten die übrigen Hunde heran. Die Tiere strebten ungeduldig fort. Sie waren satt und wollten ins Gespann, um sich auszulassen. Charlie legte sich auf den Schnee, legte sich auf den Rücken und wälzte sich hin und her, indem er mit den Beinen in der Luft strampelte. Wie auf Kommando folgten die übrigen Hunde seinem Beispiel.

Tumatuge lief zum Zelt.
„Alitet!“ rief er. „Die Hunde wälzen sich im Schnee. Es gibt Sturm.“
„Na, wenn schon!“ brummte Alitet unfreudlich.

Alitet gemächlich den letzten Becher aus. Kaum aber zeigte er sich, als schon die Hunde aufsprangen und begierig losrennen wollten. Charlie heulte auf.
Alitet erwiderte den Gruß der Burschen, untersuchte aufmerksam das Gespann und zog an drei Stellen unzufrieden, das Geschirr zurecht.

„Den Bauchgürtel!“ rief er seiner Frau zu. Narginaut lief ins Zelt und brachte ein kleines Rennhörnchen mit Bändern an den Enden heraus.
„Charlie hat nicht genug Fell an den Flanken. Er kann sich erkalten. Unterwegs werde ich es ihm unterbinden müssen.“

Die Hunde folgten wachsam jeder seiner Bewegungen.
Alitet drehte den Schlitten um, so daß er mit den Kufen nach oben lag.
„Sie sind rauh, man muß sie, glatt machen. Mit feuchtem Fell abreiben.“

Schuldbewußt wechselte Tumatuge die Farbe. Wie nur hatte er nicht selbst daran denken können! Er verlor fast die Beine, so rannte er ins Zelt, um mit Windeselle

einen Teekessel herbeizuschleppen. Hastig befeuchtete er ein Stück Eisbärfell und rieb die Kufen dienstfertig ab. Eine hauchdünne Eiskruste bildete sich auf den Kufen.
Alitet sah hin und sagte: „Zu dick! Sie muß dünner sein. Auf den Schollen wird sie abspalten.“

Tumatuge zog das Messer herauf und schabte das Eis bis aufs Holz ab.

Alitet nahm das Stückchen Eisbärfell und lief am Schlitten entlang, indem er im Lauf über die Kufen wischte. „So muß man es machen!“

Tumatuge goß den Rest des Wassers in eine Flasche und überreichte sie Alitet. Dieser steckte sie in den Brustlatz und setzte sich auf den Schlitten.

„Egej!“ rief Alitet, und das Gespann setzte sich mit einem Ruck in Bewegung und rannte den Abhang hinunter.
Die Burschen sahen dem sich entfernenden Schlitten neiderfüllt nach.
Es lohnte sich, das zu sehen! Dafür konnte man sich sogar die Ohren abfrühen lassen.
Alitet pflegte seine Hunde bei den Hundetreibern von Kolyma zu kaufen und zahlte für jeden acht Blaufuchsfelle und mehr. An der ganzen Küste gab es kein besseres Gespann. Außer Alitet konnte keiner solche Hunde erwerben. Er trieb Handel mit den Nomaden. Jeden Winter brachte er ihnen Walroßhäute, Riemen und Schuhwerk, von dem die Hirten viel benötigten. Er brachte ihnen Waren aus der Pelzfabrik Mr. Thomsons, und jeden Winter kam er mit vielen Fuchsfellen aus der Tundra zurück.

Gesah es aber, daß ein Jäger einen guten Hund aufgezogen hatte, so ging er unbedingt in Alitets Besitz über. Es war unmöglich, ihm einen guten Hund vorzunehmen. Er würde sich ihn doch nehmen. Alitet liebte ausleserliche, kräftige Hunde mit weit ausladendem Schritt. Die Hunde mußten alle gleich lang sein, damit sie im Lauf genau in die Fußstapfen des Leithundes traten. Mit solchen Hunden brauchte man sich auch bei Schneesturm nicht zu fürchten.

Mit erhobenen Schnauzen witterten die Hunde und rannten leicht und spielend dahin. Alitet war guter Laune. Immer wenn er zu Charlie zum Tausch fuhr, war er in Feststimmung.
Am Fuße eines Abhanges lag auf dem steilen, abschüssigen Ufer die Siedlung Loren. Die Zelte standen hier unregelmäßig verstreut. Die einen waren groß und kuppelförmig, mit Segeltuch bedeckt, die anderen klein, mit einem Dach aus Walroßhaut. Am Rande dieser verstreuten Siedlung standen kegelförmige Jarangas, mit alten, von Seehundsfell und Walroßhaut zusammengewaschenen Decken bedeckt. In diesen geflickten Zelten wohnten Jäger, die sich nie so satt essen konnten, daß sie leichte Müdigkeit und angenehme Faulheit verspürten, die zum Schlafen einlud.

Es fehlte an guten Häuten. Jedesmal nach der Walroßjagd lieferten die Jäger die Häute an den Herrn, den Besitzer der Baidara, ab. Ein Teil der Häute wurde ihnen mit dem daran haftenden Fleisch überlassen. „Keine Kleidung ist im Winter warm genug, wenn man sich nicht ein Stück Walroßfleisch in den Magen stecken kann.“

Am Fuß des Abhanges erstreckte sich das niedere Ufer, das mit Geröll und Schnee bedeckt war. Hier stand, fast ganz am Rande des Wassers, abseits von den Zelten, ein für diese Gegend ungewöhnlicher Bau. Dach und Wände waren aus verzinktem Wellblech.
Um dieses eiserne Haus herum standen angepfählt über ein Dutzend Hundeschlitten. Die Hunde lagen von der weiten Fahrt ermüdet da. Die Jäger standen neben ihren Schlitten beieinander und tauschten alle möglichen Neuigkeiten aus. Die Aufmerksamkeit aller war auf einen Burschen aus Janrakenot gerichtet, Aje mit Namen. In seinem Sack aus Robbenfell steckte ein seltener Pelz — das Fell von einem Silberfuchs. Alle wunderten sich, daß Aje so fröhlich war. Die Erbeutung eines solchen Felles war doch ein böses Omen. Er war wohl noch zu jung, um das zu begreifen.

Aje kannte aber alle Vorzeichen sehr gut. Er verschwieg nur absichtlich daß er einen zweiten Silberfuchs in seinem Sack hatte und zwei auf einmal gefangene Silberfuchse brachten im Gegenteil Glück. Deshalb war Aje auch nicht traurig.

Es schadete ja auch durchaus nicht, sich vor dem Handel dumm zu stellen und zu tun, als wer interessiert zu sehen, wie ein Mensch bedauert würde. Die Jäger erwarteten heute einen günstigen Tausch. Charlie würde sich so über das seltene Tier freuen, daß seine rote Nase zittern würde. Um Mr. Thomson in gute Laune zu versetzen, würde Aje den Handel beginnen.

Hochgewachsen, schwarzäugig mit spresendem Schnurrbartchen legte Aje eine Würde an den Tag, die bei seinem Alter überraschte. Es konnte ja schließlich nicht jeder Charlie Rotnase einen Silberfuchs bringen. Aje setzte sich sogar auf einen der ersten Plätze, als Charlie vor Beginn des Handels die Männer im Vorraum des eisernen Hauses bewirtete.

Die Jäger waren schon seit ihrer Kindheit an dieses Haus gewöhnt. Es stand bereits über zwanzig Jahre an dieser Stelle.
Das eiserne Haus gehörte Mr. Thomson. Der gastfreundliche, entgegenkommende Amerikaner verweigerte keinem eine Tasse Tee mit kräftigem Zwieback. Er bewirtete sogar die Jäger, die nur aus Neugier gekommen waren, um dem Handel zuzusehen. Das war für Mr. Thomson von großem geschäftlichen Vorteil.
Und oft geschah es, daß die Jäger Dutzende und Hunderte von Kilometern zurücklegten, um in diesem eisernen Haus Tee zu trinken und die Waren zu besichtigen.
Charlie, wie Mr. Thomson sich von den Eingeborenen nennen ließ, lebte seit zwanzig Jahren ständig hier, von einem seltsamen Schicksal in dieses ferne Land verschlagen. Als junger Mensch hatte er seine Frau erschlagen und war aus seiner Heimat Norwegen nach Amerika geflohen, um sich der gerichtlichen Strafe zu entziehen. Nachdem er durch viele Länder gekommen war, gelangte er schließlich nach Alaska, und hier wurde er Mr. Charles Thomson.
In Alaska verdiente das Gold allen den Kopf. Auch ihn hatte dieses Fieber gepackt. Aber wo Charles Thomson sich auch aufhielt, überall verfolgte ihn die Angst, daß man ihn früher oder später doch finden würde. Denn Amerika lieferte ja Verbrecher aus.

Der Tarifvertrag allein ist maßgebend

Mannheim. Vor dem Arbeitsgericht standen drei Musiker, die gegen ihren Arbeitgeber, bei dem sie fest engagiert waren, wegen unrechtmäßiger Kündigung Klage erhoben.

Bei der Einstellung war ein Vertrag abgeschlossen worden, in dem die Kündigungsfrist auf 14 Tage festgelegt war. Demgegenüber enthält der Tarifvertrag eine andere weit günstigere Regelung.

Die Kläger hatten ihren Arbeitgeber, einen Gastwirt, darauf aufmerksam gemacht, daß in ihrem Falle allein die Kündigungsfrist des Tarifvertrages gültig sein könne und keinerlei private Abmachungen. Der Beklagte wollte dies jedoch nicht einsehen. „Wenn Sie glauben, daß Sie im Recht sind, dann bitte...!“ meinte er. Auch vor dem Arbeitsgericht äußerte er sich ziemlich empört. Die Klage sei glatt abzuweisen, denn derartige Verträge seien bei sämtlichen Gastwirten traditionsgemäß und daher „volkstümlich“ geworden. Der Vorsitzende belehrte ihn daher über den Grundsatz der Unverzichtbarkeit, der für einen Tarifvertrag gilt, d. h. daß private Abmachungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nur dann Gültigkeit besitzen, wenn sie den im Tarifvertrag enthaltenen Bestimmungen nicht zuwiderlaufen und keine schlechteren Bedingungen für den Arbeitnehmer enthalten, als die des Tarifvertrages.

„Das ist Ihre Ansicht, Herr Richter“, meinte daraufhin der temperamentvolle Gastwirt, doch es half ihm alles nichts. Das Gericht erkannte die Klage zu Recht und verurteilte ihn zur Zahlung der geforderten Klagesumme. -bd-

Friedens-Kundgebung

in Keßsch am Donnerstag, den 20. April, 20 Uhr, im Lokal „Kurpfalz“.

Es spricht Stadtschulinspektor H. Umstätter, Mannheim.

Er gewann Prozeß gegen Bundesbahn

Weinheim. (Iwb) Unmittelbar vor der Währungsreform war ein Weinheimer Bürger von der Reichsbahn die Ausstellung einer Rückfahrkarte verweigert worden. Die Eisenbahn hatte damals ihre Fahrkartenausgabestellen angewiesen, aus finanziellen Gründen keine Rückfahrkarten mehr auszugeben. Der Weinheimer Bürger, der die Rückfahrt seiner Reise, daher in DM hatte bezahlen müssen, hatte anschließend die Eisenbahn auf Schadenersatz verklagt. Die Klage war mit dem Hinweis bekräftigt worden, daß durch die Währungsreform es allen Handelstreibenden verboten worden sei, für ihre Waren die Annahme von Reichsmark abzulehnen, nur die Reichsbahn habe es sich auf Grund ihrer Monopolstellung erlauben können, gegen diese Anweisung zu verstößen. Außerdem besage die Eisenbahnverkehrsordnung, daß Tarifierhöhungen und andere Erschwerungen der Beförderungsbedingungen im Personenverkehr 14 Tage vor Inkrafttreten veröffentlicht werden müßten.

Das Gericht erkannte die Schadenersatzforderung an und verurteilte die Bundesbahn außerdem zur Tragung der Kosten. Die Verteidigung der Hauptverwaltung der Westdeutschen Eisenbahnen in Offenbach hatte die Veröffentlichungspflicht von Änderungen in der Tarifordnung als „Kann-Vorschritt“ ausgelegt.

Betreuungstag in Tuttlingen

Tuttlingen. Etwa tausend ehemalige Widerstandskämpfer und KZ-Insassen, darunter Delegationen aus Frankreich, Oesterreich und der Deutschen Demokratischen Republik nahmen am Sonntag in Tuttlingen an den Feiern der VVN zum Befreiungstag teil. Für die südwürttembergische Landesregierung legte Landwirtschaftsminister Dr. Franz Weiß am Ehrenmal für die toten Widerstandskämpfer und KZ-Insassen einen Kranz nieder.

Nach einer kurzen Ansprache des französischen Kreisdelegierten gedachte Arthur Keller vom Rat der VVN der Opfer, die in den Konzentrationslagern umgekommen sind.

Am Nachmittag besuchten die Teilnehmer die KZ-Friedhöfe Tuttlingen, Schözingen, Schömburg und Bisingen, auf denen etwa dreitausend KZ-Häftlinge bestattet sind.

So spielen sie alle Tage...

Ein Gang durch die neu eröffnete Spielbank in Baden-Baden

Nicht jeder gewöhnliche Sterbliche darf die Schwelle Sesams überschreiten, die zu den neu eröffneten Spielsalons im Baden-Badener Kurhaus führt. Erst muß er dem prüfenden Blick der Kontrollackaien würdig (sich) kaputtbekommt genugsam erscheinen, um inmitten „ausgesuchter“ internationaler Gesellschaft sich dezent genug seiner Spielleidenschaft hingeben zu können. Gewährt man ihm diese Gnade, so dürfen sich seine Augen noch in unserem Zeitalter an dem märchenhaften Glanz weiden, der die ganze Verschwendungssucht der absolutistischen Gesellschaft widerspiegelt, die ihre Pracht durch die Hände und durch den Schweiß des unterdrückten Volkes erhielt.

Schwere Kronleuchter aus feinstem Kristall mit edelsten Metallgliedern hängen an reichbemalten Decken. Leisten und Ziselierungen aus 18-karätigem Gold ranken sich um Pfeiler, Türen und Fenster. Dazwischen an den Wänden Gemälde, Skulpturen, Marmorposten und Miniaturen in verschwenderischer Entfaltung. Teppiche dämpfen den Schritt, deren kostbarster - am Eröffnungstage ausgebreitet - auf eine Million Goldfranc geschätzt wurde.

Unter den Leuchtern stehen die Spielstische. Der unpersönliche Prunk der Atmosphäre scheint sich der ganzen Gesellschaft, welche die Tische ziert, bemächtigt zu haben. Starr und unnahbar, mit blasierter Etikette überprüften die Croupiers (Spielleiter) ihr Wirkungsfeld. Nur der scharfe, alles beobachtende Blick unterscheidet sie von den Marmorfiguren, die Nischen und Gänge füllen. Lackaien in Livree, mit Kniehosen und Kniesprünften, entleeren die Aschenbecher und rücken die Stühle zu recht.

Wir suchen vergeblich nach dem dämonischen Besessenen, wie sie Dostojewski in seinem Roman „Der Spieler“ dem „Mitgeföhler“ nahebringt. Was man hier antrifft, sind die finanzkräftigen Bürger, die sich hier in gefühlloser Kälte für ihr überschüssiges Taschengeld einen Nervenkitzel kaufen. Wie hoch dieses Taschengeld bemessen ist, läßt sich leicht erkennen, wenn die Bank an Werktagen mit Mindestgewinnen von 3000 bis 5000 DM rechnet, und wenn ein Spieler gleich am Eröffnungstage 8000 DM gewinnt.

Die Summen von 500 000 DM zum Neuaufbau und 200 000 DM zur Errichtung eines neuen Spielsalons, hätten die in- und ausländischen Finanzmagnaten kaum zur Verfügung gestellt, wären sie nicht überzeugt gewesen, daß die Gewinne dem Aufwand entsprechen werden. Auch dadurch wird die fortschreitende Kolonisierung Westdeutschlands gekennzeichnet, daß der Großteil der Dividenden ins Ausland geht.

Könnten doch unsere Betriebsräte die Spielerliste in Baden-Baden einsehen! Sie würden feststellen, daß dieselben Unternehmer, die ihren Arbeitern aus angeleglicher finanzieller Bedrängnis menschenwürdige Löhne verweigern, dort mit leichter Hand oft ein Vielfaches der geforderten Beträge der rollenden Kugel anvertrauen.

Soll es uns wirklich trösten, daß 70 Prozent der Spielbankgewinne dem Staatsäckel zufließen, wenn die restlichen 30 Prozent noch die bestimmt nicht kargen Dividenden der Geldgeber und — so wird behauptet — 30 000 DM Jahresnettoehalt für den Direktor möglich machen?

Die Besucher des Casinos wollen ihre „Auserleseneheit“ gewahrt wissen. Man hat daher der Salonfähigkeit Grenzen gesetzt. Salonfähig ist, wer über 600 DM verdient. Spielbankdirektor Dr. Wegler versichert uns, daß diese Schranke Minderbemittelte vor gefährlichen Versuchungen schütze. Also der Versuchung wegen setzt man Schranken? Uns will es vielmehr scheinen, daß man diese Schranke setzte, weil es der Klassendünkel der Besitzenden erfordert, hier eine Möglichkeit zu haben, ausschließlich unter Ihresgleichen zu wetteilern. Oder hat man gar die Vermessenheit, allein denen, die mehr als 600 DM verdienen, ein moralisches Privileg zugestehen zu wollen? Vom Verantwortungsbewußtsein, das dem Spieltrieb seine Schranken setze, zu sprechen, ist mehr als ein Hohn auf all die, die weniger verdienen. In welchen Kreisen mehr Verantwortungsbewußtsein herrscht, ist eine Frage, die durch die Praxis des Lebens längst beantwortet ist. Sicherlich findet man kein Verantwortungsbewußtsein bei denjenigen, die die Spielhölle beleben. Wir aber fragen: Haben die Spieler in Baden-Baden ein moralisches Anrecht auf die Gelder, die sie dort verschleudern? Sind diese Gelder nicht Früchte legalisierter Unehrlichkeit der den kapitalistischen Staat tragenden Schichten?

Der Eröffnung des Casinos ging eine Diskussion voraus, ob diese Einrichtung die Unmoral fördere oder nicht. Wenn man den Verteidigern der Spielbank in nichts beipflichten kann, so doch in dem einen, daß das dort organisierte und zwar kontrollierte Spiel das Laster nicht mehr und nicht weniger begünstigt, als andere Vergnügungsinstitutionen unserer kapitalistischen Welt, denn schließlich kann man Spielbänke mit der gleichen Brille betrachten, wie polizeilich überwachte Bordelle. Beide Institutionen sind Kennzeichen der Kulturbarbarei des degenerierten Kapitalismus. Sie zu verbieten, erscheint so lange zwecklos, als der kapitalistische Dughaufen fortlebt, der ihr Nährboden ist.

Gegen alle Versuche einer Remilitarisierung!

Professor Dr. Sultan auf der Generalversammlung der VVN — Kreis Heidelberg

Heidelberg. Auf der am letzten Samstag stattgefundenen Generalversammlung der Kreisvereinigung Heidelberg der Verfolgten des Naziregimes sprach, nachdem der erste Vorsitzende, H. Götz, über die Tätigkeit im letzten Geschäftsjahr einen ausführlichen Bericht abgegeben hatte, der Landesvorsitzende der VVN Württemberg-Baden, Professor Dr. Sultan, über die gegenwärtige politische Lage.

Prof. Sultan wandte sich hierbei vor allem gegen die Versuche einer Remilitarisierung Westdeutschlands und vergaß auch nicht, auf

pragmatische das Verhalten einiger Richter in Prozessen, wie im Fall Hedler oder Veit Haran besonders an. Das Wesentliche seiner Ausführungen aber war die Forderung nach einer verstärkten Arbeit für den Frieden, der nur dann von Bestand sei, wenn wieder ein einheitliches Deutschland entstehe.

Nach der Enklaffung des Kassiers wurde in der Diskussion zu den Fragen der Wiedergutmachung und Soforthilfe in teils heftiger Kritik Stellung genommen. Besonders die Wiedergutmachungspraxis der Karlsruher Behörde wurde scharf kritisiert.

Abschließend wurde der neue Kreisausschuß sowie die Delegierten zur Landeskongress gewählt. Der Kreisausschuß setzt sich zusammen aus den Mitgliedern H. Götz, Professor Dr. Sultan, Hoffmann, Baumgärtner, Berlinghof, Christ, Korn, Brückner und Sprecher. Delegierte für die Landeskongress sind die Mitglieder Balsler, Berlinghof, Christ, Erle, Herrmann, Hoffmann, Korn und von Nettelbladt.

Zu Beginn der Versammlung war der im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder gedacht worden und vom ersten Vorsitzenden Götz besonders zu den Spaltungstendenzen und Anfeindungen gegen die VVN Stellung genommen worden. Die VVN habe trotz dieser Machenschaften ihre Einheit bewahrt, denn jegliche Spaltung könne sich nur zum Schaden der Sache der Verfolgten auswirken.

-K-

An die Heidelberger Jugend!

Alle Berlinfahrer und Interessenten treffen sich zu einer wichtigen Besprechung am Freitag, den 21. April 1950, im „Westhof“.

Bringt Freunde, Bekannte und weitere Interessenten mit! Wo erfahrt ihr Näheres über das Deutschlandtreffen?

Alle Interessenten in Heidelberg und Umgebung, die am Deutschlandtreffen der Jugend an Pfingsten 1950 in Berlin teilnehmen wollen, erfahren Näheres bei:

- Kreisvorstand der FDJ, Heidelberg, Bergstraße 41
Fritz Fischer, Heidelberg, Lauerstraße 1
Lydia Holle, Heidelberg, Handschuhheimer Landstraße 3
Ernst Wolfer, Heidelberg, Burgweg 8
Heinrich Hoffmann, Heidelberg, Lessingstraße 8
Heinz Walter, Heidelberg, Untere Straße 8

Karlsruhe beschwert sich

Karlsruhe. (Iwb) Die Stadt Karlsruhe hat sich bei der Bundesregierung darüber beklagt, daß die Stadt bei der Vergabe des Sitzes des Obersten Bundesgerichtes ungenügend berücksichtigt worden sei. Wie der Stadtverwaltung Karlsruhe bekannt wurde, sollen das Oberste Bundesgericht und das Bundesverfassungsgericht auf Vorschlag der Bundesregierung nach Köln gelegt werden. Karlsruhe soll als Sitz des Bundesrechnungshofes und des Bundesdienststrafhofes vorgesehen sein.

Blick ins kulturelle Leben

Alster

„Monsieur Vincent“

Mannheim. Der Film ist ein glatter Betrug. Ein geschicktes Ablenkungsmanöver. Die Internationale Filmallianz weiß was sie will, wenn sie die Armen, die vor Elend krepieren, die Theorie hineinträgt: Laßt die Finger von den Gütern der Erde. Ihr seht, es ist sinnlos, die Welt ist nun mal so. Doch gibt es auch für Euch eine Hoffnung, nämlich das bessere Jenseits.

Monsieur Vincent de Paul, ein einfacher Pfarrer, lebte zweifellos ein Leben für die Menschlichkeit, ... und nebenbei im Irrtum. Er war seiner Zeit in gewisser Hinsicht voraus: „Die Welt ist so, wie man sie macht.“ Er mußte bei den Armen der Armen im Hospital St. Lazare in Paris und bei der „Betreuung der 30 000 Seelen“ scheitern, weil die „christliche Nächstenliebe“ und die zum leeren Schlagwort gewordene Barmherzigkeit die sozialen Mißstände der Gesellschaftsordnung seiner Zeit einfach nicht überbrücken konnte, ebensowenig, wie es später die französische Revolution vermochte. Selbst der kluge Kardinal Richelieu mußte das einsehen, als der Seelsorger mit Theorien den königlichen Galeerenklavnen zu imponieren versuchte und dabei versagte. Die Realitäten waren stärker und sind es auch heute.

Ausgezeichnet gelang es dem Film, die krassen Gegensätze zwischen dem blendenden Reichtum der Hofgesellschaft und der erschreckenden Armut des geknechteten Proletariats herauszustellen. Als der dama-

lige Bourgeoisie-Staat die ersten caritativen Organisationen des Pfarrers sabotiert, stirbt er und nimmt seine Erkenntnis, daß man den Armen des Volkes nur mit der Tat helfen kann, mit in den Tod.

Die Tendenz des Films verrät den Einfluß der Hyarchie und ist zweckbestimmend. Doch der angeblich die Menschheit beglückende christliche Mythos konnte, wie gesagt, nicht durchdringen. Pierre Fresnoy spielte seine Rolle als Monsieur Vincent ausdrucksvoll und stillet mit ungeheinem künstlerischem Niveau.

Badisches Staatstheater

Karlsruhe. Am Freitag, den 21. April, geht erstmalig die entzückende Lehar-Operette „Wo die Lerche singt“ in der Spielleitung von Hubert Türmer und unter der Stabführung von Heinz Hoffmann-Glewe in Szene. Die Tanzleitung liegt in Händen von Alfredo Bertoluzzi. Die Operette wird zu kleinen Preisen von 1.- bis 4,80 DM gegeben.

Albrecht Schoenhals und Anneliese Born spielen mit dem Ensemble der Städtischen Bühnen Baden-Baden am Montag, dem 24. April, im Schauspielhaus die unwahrscheinliche Komödie „Geisterkomödie“ von Noel Coward. Inszenierung Hannes Tannert.

Ins Auge. Ein 11jähriger Knabe schoß einem 5jährigen mit einer Knallkorkpistole ins Gesicht, wodurch dieser am Auge erheblich verletzt wurde.

Quer durch den Sport

Straßenbahner-Sport in Mannheim

Die Sportgemeinde Mannheim angeschlossene selbständige Abteilung hat vor kurzem in ihrer Generalversammlung folgende Sportfreunde mit der Führung der Abteilung betraut: 1. Vorsitzender J. Holzner, 2. Vorsitzender H. Holzschuh, Schriftführer K. Römer, Kassier W. Klemm, Beisitzer H. König, Technischer Leiter F. Reichenbach, Trainingsleiter K. Englert.

Die Generalversammlung war sich darüber einig, daß die Mängel der im Jahre 1927 gegründeten Abteilung in Zukunft ausgemerzt werden, daß die Straßenbahn-Fußballer spielerisch an ihren Stand, den sie vor 1933 hatten, wieder herankommen und daß sich der Straßenbahner-Sportgedanke unter den Angehörigen des Betriebes noch weiter durchsetzt.

Hockenheimrennen dauert diesmal zwei Tage

Bei der Meldestelle zum Hockenheimrennen sind schon jetzt so viele Meldungen eingegangen, daß die Veranstalter das Rennen auf zwei Tage ausdehnen müssen. Nennschluß ist der 30. April. Das Hockenheimrennen wird am 13. und 14. Mai als zweiter Lauf zur deutschen Straßenmeisterschaft ausgefahren. Die Rennstrecken für die einzelnen Klassen sind wesentlich höher als in den vorausgegangenen Jahren. Die 250 ccm-Maschinen und Seitenwagen gehen über je 13 Runden mit zusammen 100 km, die schweren Soloklassen müssen 16 Runden mit zusammen je 124 km zurücklegen. Bei diesem 12. Rennen auf dem Hockenheimring werden erstmals auch die neuen Modelle der Sport- und Rennwagenfahrer an den Start gehen.

Um die badische Wasserballmeisterschaft

In Kampf um die badische Wasserballmeisterschaft in der Gruppe Süd wird zwischen der ersten Mannschaft des KSN Neptun Karlsruhe und der dritten Mannschaft des gleichen Vereines ein Entscheidungsspiel notwendig sein, da beide Mannschaften die Tabelle punktgleich anführen. In den letzten Spielen besiegte die zweite Mannschaft des KTV 46 überraschend die erste Mannschaft des BSC Pforzheim mit

Table with 5 columns: Rank, Team, Points, Goals, Assists. Lists results for Mannheim, Pforzheim, and KTV 46.

Table with 2 columns: Rank, Points. Shows results from Toto W-B.

Halbtip: 1104 Gewinner mit je 13,50 DM. Die Gewinn-Nummern der Eigenheim werden erst nach Feststellung des Wettsatzes im Sportfunk bekanntgegeben.

DFB-Meisterschaft wird vorbereitet. Der Spielausschuß des Deutschen Fußballbundes wird voraussichtlich in den nächsten 14 Tagen zu einer Tagung in einer noch nicht bekannten deutschen Stadt zusammentreten, um die Termingestaltung der deutschen Fußballmeisterschaft und der deutschen Amateurfußballmeisterschaft zu beraten.

Sportler-Freundschaft und Kriegshetzer. Anlässlich der Freundschaftstreffen zwischen Berliner und sächsischen Auswahlmannschaften wurden den Berliner Fuß-

ballern von ihren sächsischen Sportfreunden Begrüßungsadressen überreicht, in denen gesagt wurde:

„Getragen von dem festen Willen, die Sportler aus dem Westen und Osten unseres Vaterlandes wieder zusammenzuführen, die Einheit Deutschlands zu erkämpfen und damit den Frieden zu sichern, haben wir unsere Spiele ausgetragen. Als Mitglieder der demokratischen Sportbewegung gilt unsere ganze Arbeit der Vorbereitung zum Deutschlandtreffen der Jugend. Mit diesem gewaltigen Friedentreffen in der Hauptstadt Berlin werden wir den Kriegstreibern ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen und ihnen mit Euch, liebe Berliner, Freunde, gemeinsam sagen: Wir sind bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens!“

Die Westberliner Machthaber brachten es fertig, diese Begrüßungsadressen zurückgehen zu lassen! Dieses provokatorische Verhalten der Spalter, die den Sport in Westberlin — ebenso wie in den Westzonen — für ihre volksfeindliche Politik mißbrauchen wollen, ist ein ernstes Warnungssignal für alle deutschen Sportler.

Sportliches Allerlei

Die Boxstaffel des 1. FC Nürnberg verlor den ersten Kampf ihrer Gastspielreise durch die Sowjetzone mit 5:9 Punkten gegen Vorwärts Gotha.

Das Straßenrennen — 60 Kilometer — in Aachen gewann der Belgier Dillies in 2:16 Stunden. Ihm folgte in 300 Meter Abstand Heiner Schwarzner.

Der BC Augsburg kam gegen Vohwinkel 80 zu einem jederzeit klaren 3:1-Sieg. Bei Vohwinkel war der Sturm zu unentschieden. Torschützen Augsburgs: Niklasch (Elfmeter) und Schlumpff (zwei).

SG Eckenheim gewann nach einem 7:1-Vorrundensieg gegen ASV Schifferstadt auch den Rückkampf mit 5:3 Punkten und wurde damit Gruppenmeister der südwestdeutschen Ringgruppe.

Die Hockeymannschaft der BSG Karl Schott (Jena) besiegte den MTV Goslar mit 2:1 Toren beim Osterturnier in Offenbach. Der Stuttgarter Sportklub schlug die schweizer Fußballmannschaft des FC Aarau mit 3:2 Toren.

Advertisement for film theaters including Monsieur Vincent, Der Geliebte der Königin, Die wunderschöne Galathee, and Die Tolle Miss. Includes showtimes and contact info for Rhein-Druck.

Advertisement for Beinschäden, offering services for fungal infections and wound treatment.

Advertisement for new and repaired pianos by Musikhaus Arnold.